Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang | Dienstag, 25. Januar 1921 | Nummer 39 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4923

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aus der Hohenzollerngeschichte

Die bürgerliche Geschichtschreibung geht von der Auffassung aus, daß die Geschichte von einzelnen Männern nach ihren Ideen gemacht worden sei. Wie falsch das ist, dafür liefert gerade die Geschichte der Hohenzollern vielfachen Beweis. Die regierenden Vertreter dieses Geschlechtes sind von dem ersten brandenburgischen Fürsten an bis ins 19. Jahrhundert hinein nichts anderes gewesen als die Handlanger der Junker, die Werkzeuge für deren Klasseninteressen. Damit enthüllt sich auch alles, was den Hohenzollern als „soziale" Tat, als Handlung im Interesse des Landes und Volkes angedichtet wird, lediglich als Politik im Interesse der eigentlich herrschenden Klasse in Brandenburg-Preußen, der Junker. Interessant für das bei den Monarchisten so beliebte Thema „Rassereinheit" ist nebenbei eine Tatsache aus dem Anfang der Hohenzollerngeschichte. Die Geschichte Brandenburgs beginnt damit, daß ein kleiner sächsischer Graf von Anhalt, Albrecht der Bär, 1134 vom Kaiser Lothar mit der Nordmark belehnt wurde, das war das Land westlich der Elbe. Das Land östlich der Elbe aber, aus dem die eigentliche Mark Brandenburg entstand, erhielt dieser Graf als Erbe von einem slavischen Häuptling! Mit den Slaven waren die ersten brandenburgischen Fürsten überhaupt sehr eng verwachsen und blutsverwandt; von Albrechts Kindern haben vier in slavische Familien geheiratet und von den zwanzig ihm nachfolgenden Markgrafen hatten acht Slavinnen zur Frau. Ganz rasserein ist also nicht einmal die Abstammung der preußischen Fürsten!

Gleich bei diesem Albrecht beginnt die Geschichtslüge, indem man ihm zuschreibt, er habe aus eigener Kraft den brandenburgisch-preußischen Staat geschaffen. Nichts weniger als das, es waren die ökonomischen und sozialen Bewegungen jener Zeit, deren machtvolle Kräfte die zugewanderten kolonisierenden Bauern und Bürger Ostelbiens zu einem Staatsgebilde formten. Von Anfang an begünstigte vor allem die feudale Klasse die Zusammenfügung eines Staates aus Klasseninteresse; durch eine von ihren wirtschaftlichen Interessen diktierte Finanzpolitik gegenüber den regierenden Fürsten verstanden sie es, ihn und die Bauern gleichzeitig von sich in Abhängigkeit zu bringen.

Was nun das Verdienst der Brandenburger um die Ausbreitung ihrer Herrschaft anlangt, so verfolgten sie zuerst die Taktik von Straßenräubern; als 1180 die große Herrschaft Heinrichs des Löwen zusammenbrach, stürzten sie sich wie die Geier auf ein Aas, auf die Länderbeute; als der Dänenkönig 1227 dem Ansturm der vereinigten deutschen und slavischen Fürsten des Ostseebeckens erlag, stürzte sich vor allem der Brandenburger auf die Beute. In einem Jahrzehnt wurde den Herzögen von Pommern ihr Land abgenommen (das heutige Mecklenburg und die Uckermark), gegen Ende des 13. Jahrhunderts raubte der Brandenburger noch die Neumark rechts der Oder und das Land bis zur Weichselmündung. Durch Heirat mit den dazugehörigen Fürstentöchtern wurden ferner Stücke von der Mark Meißen, Görlitz, Bautzen, Kottbus und andere Orte zu Preußen geschlagen. So ist die Zusammenstehlung Preußens durch die Hohenzollern nichts als ein einziger Raubzug gewesen, ausgeführt im Interesse und im Auftrage der landhungrigen Junkerklasse, um von dieser ausgesogen zu werden.

Während die bürgerliche Geschichtschreibung diese liebliche Tätigkeit der Hohenzollern als Kulturmission darzustellen beliebt, wonach die Hohenzollern die Kolonisation wilder Länderstriche nur um des kulturellen Fortschritts willen veranlaßt hätten, erweist die Entwicklung Preußens vollauf das Gegenteil. Nur zur Befriedigung der Ländergier und Ausbeutungssucht der Adelsklasse wurde diese Kolonisation ausgeführt, denn diese Klasse stützte ihre ganze Herrschaft auf die Ausbeutung des Großgrundbesitzes und die Getreidewirtschaft. Diese Herrschaft war so fest und sicher, daß in Preußen nicht einmal die auf Handwerk und Kaufmannskapital sich stützende Klasse des Bürgertums zu nennenswertem Einfluß und Ausbreitung gelangen konnte, wie es z. B. in den süddeutschen, rheinischen und Hansestädten der Fall war. Deshalb ist Preußen auch in kultureller Beziehung immer zurückgeblieben, denn die Pseudokultur an dem preußischen Hofe in der Zeit des Feudalismus, da besonders Friedrich der Große es den französischen Despoten gleichzutun strebte, ließ das übrige Land desto sicherer in der Barbarei versinken.

Ein Musterbeispiel für die Skrupellosigkeit, mit der die Hohenzollern ihre persönliche Habgier zu befriedigen trachteten und die mit „fürstlicher Ehre" nicht das mindeste zu tun hat, bietet der Kurfürst Joachim I. Durch die Zusammenstehlung Preußens war der brandenburgische Kurfürst in die Reihe der sieben Kurfürsten eingetreten, die den Kaiser zu wählen hatten. Nun war es üblich geworden, daß sich die Kandidaten durch Kauf der Stimmen der Kurfürsten versicherten, also fürstliche Korruption. (Versteht sich, alles zum Wohle des Volkes!) Diese Korruption aber auf die Spitze des offenbaren Betruges getrieben zu haben, dieses Verdienst hat sich Joachim I. erworben. Er trat nämlich mit zwei Kandidaten zugleich in Verbindung und verkaufte seine Stimme, die er doch nur einem geben konnte, an alle beide! Im August 1517 schloß Joachim I. einen Vertrag mit König Franz I. von Frankreich (der Patriotismus der Hohenzollernfürsten, die angeblich von jeher für des Reiches Einheit gekämpft haben, äußerte sich also in der Unterstützung des französischen Bewerbers) und er erhielt zugebilligt: eine königliche Prinzessin für seinen Lohn (!), eine jährliche Pension von 8000 Lire für sich, 4000 für seinen Sohn und 150 000 Sonnentaler Mitgift. Dafür verpflichtete er sich zu einem lebenslänglichen Bündnis mit Frankreich; er übernahm auf französische Kosten Truppenwerbung für Frankreich unter seinen Landeskindern. (Man sieht, wie der Hohenzoller um das Wohl seines Volkes bemüht war!) Als nun die erste Anzahlung von Frankreich geleistet und die Verlobung der Französin mit seinem Sohne rechtsgültig war, verriet Joachim I. sofort dies Bündnis, indem er zu dem anderen Bewerber ging und sich mit Karl von Spanien einließ, dort ebenfalls einen Vertrag über eine Ehe desselben Sohnes mit einer spanischen Prinzessin und 400 000 Gulden Mitgift einging. Die Begründung Joachims für dieses Schwindelunternehmen war: „also han ich zu mir selbst auch trachten müssen, damit ich samt meinem Son zwischen zwei Stulen nit nidderseß"!! So sieht eines der „sittlich tief und nachhaltig anregenden Momente" aus, die uns in der Geschichte der Arbeit der Hohenzollern „für das Wohl ihres Volkes und Landes" begegnen!

Nach dem Dreißigjährigen Krieg, in dem kaum ein Land so unmenschlich verwüstet worden war, wie Preußen, wußte der „Große" Kurfürst nicht besser für sein Volk zu sorgen, als daß er es — in die Sklaverei führte! Alle diejenigen Bauern, die vor dem Dreißigjährigen Kriege leibeigen waren, blieben es; die es noch nicht waren, wurden für leibeigen erklärt. Wie sehr auch der „Große" Kurfürst lediglich ein Werkzeug in den Händen der herrschenden Junkerklasse war, beweist nicht nur die Leibeigenschaftserklärung in dem Dekret über die Verabschiedung des Landtages vom 5. August 1653, sondern auch die Tatsache, daß auch er nicht in der Lage war, von dem Adel irgend eine nennenswerte Steuer zu erheben. Im Gegenteil verstanden es die Junker, für sich die Befreiung von der drückendsten Steuer, der sogenannten „Akzise", eine auf Genuß- und Lebensmittel erhobene Verbrauchssteuer, durchzusetzen und diese Steuerlast auf die breiten Massen der besitzlosen Bevölkerung abzuwälzen. Der „Große" Kurfürst mußte nachgeben, er dachte gar nicht daran, für sein „Volk" zu sorgen!

Eine eigentümliche Methode, für sein Land und Volk zu sorgen, hatte König Friedrich I. Er wußte nichts besseres zu tun, als das Blut seiner Untertanen (versteht sich, der Bauern, nicht etwa des Adels!) ans Ausland zu verkaufen! Es ist eine geschichtlich verbürgte Tatsache, daß dieser geschäftstüchtige Hohenzollernfürst für die Vermietung des preußischen Heeres an das Ausland während seiner Regierungszeit 14 Millionen Taler Entschädigung erhielt, für die damalige Zeit eine ungeheure Summe!

Auch dem „Alten Fritz", Friedrich dem „Großen", dichtet die liebedienerische Geschichtschreibung alles Gute an. Auch das ist Geschichtslüge. Gerade was die Leistungen Friedrichs für die wirkliche soziale und kulturelle Wohlfahrt seines Landes angeht, sind uns von ihm selbst Zahlen überliefert worden, an denen sich einwandfrei beweisen läßt, wie blutwenig darin geschah. Für die letzten zwanzig Jahre seiner Regierungszeigt gibt Friedrich II. seine durchschnittlichen Staatseinnahmen auf jährlich 21 Millionen Taler an. Davon verschlang allein der Moloch Militarismus, das Heer, 13 Millionen Taler, also zwei Drittel der Staatseinnahmen flossen in die Taschen der herrschenden Junker, denn die waren die eigentlichen Nutznießer des Heeres. Friedrich selbst nahm für sich eine halbe Million, sechs Millionen Taler wurden für den Kriegsschatz, Festungsbau und ähnliche Ausgaben verwendet. So blieben für die übrige Staatsverwaltung, worin noch die Bureaukratie einbegriffen war, und für soziale Ausgaben ganze anderthalb Millionen Taler! Im Zusammenhang mit der Legende von dem „sozialen Königstum" und der Sorge der Hohenzollern für ihr Land und Volk wird ja in den Schulgeschichtsbüchern von Friedrich II. auch behauptet, daß er sich besonders die Förderung des Volksschulwesens habe angelegen sein lassen. Das ist ebenfalls Geschichtslüge; der damaligen herrschenden Klasse ging es wie der heutigen: sie brauchte willige Ausbeutungsobjekte, keine klugen Menschen! Und so hat denn Friedrich II. einmal acht Lehrer aus Sachsen kommen lassen; im übrigen blieben die Schullehrerstellen offen für ausgediente Soldaten; ob diese sich auch zu diesem Amte eigneten, darauf kam es dem Alten Fritz bei seiner großzügigen Sorge für Land und Volk gar nicht an.

Das sind so einige Bilder aus dem Werdegang der Hohenzollern, die sich beliebig durch noch viel krassere Beispiele vermehren ließen. Jedoch genügt das Gesagte schon, um zu zeigen, wie verlogen der bürgerliche Hohen-

Die Entwaffnung Deutschlands

Die erste Sitzung der Ententekonferenz

Paris, 24. Januar.

Die erste Sitzung der Pariser Konferenz hat heute vormittag 10 Uhr begonnen. Es waren nur die Chefs der Delegationen anwesend: für Frankreich Briand, unterstützt von Berthelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Sforza, Botschafter Bonin-Longare und Graf Della-Toretta, für Belgien Minister Jaspar und Theunis, für Japan Graf Ishii, begleitet von zwei Sekretären. Es wurde vereinbart, die Sachverständigen je nach Bedarf bei den Fragen zu berufen, bei denen sie ihre Ansicht zum Ausdruck bringen sollen.

Die Frage der Entwaffnung Deutschlands wurde zuerst erörtert. Als technische Beiräte wurden alsdann in den Saal eingeführt, für Frankreich Kriegsminister Barthou, Marschall Foch, begleitet von den Generalen Weygand und Nollet, für England Marschall Wilson und General Bingham, für Belgien General Maglinse und für Italien General Marietti.

Marschall Foch faßte die Feststellungen des Berichtes des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles vom 13. Dezember 1920 zusammen und setzte alsdann die augenblickliche Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Truppen und ihrer Bewaffnung auseinander. In einzelnen Punkten gaben die Generale Bingham, Nollet und Marietti ebenfalls Aufklärung. Nachdem die Sachverständigen ihren Bericht erstattet haben, werden die Regierungschefs zur Beratung der Angelegenheit schreiten.

Der „Temps" glaubt zu wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferungen zur Behandlung kommen werde. Dann werde vielleicht die Orientfrage erledigt und erst nachher das Reparationsproblem in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Fochs neun Punkte

Paris, 24. Januar.

Nach einer Sondermeldung der Havas-Agentur hat Marschall Foch in dem Bericht, den er am 30. Dezember namens des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles erstattete und in der heutigen Vormittagssitzung der Pariser Konferenz zusammenfaßte, in neun einzeln aufgeführten Punkten Feststellungen über von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllte Forderungen gemacht.

Der „Temps" sagt, entgegen anderslautenden Berichten habe die englische Delegation keinen Vorschlag gemacht oder Vorbereitungen getroffen, die darauf abzielen, im Laufe der Beratungen der jetzt tagenden Pariser Konferenz Mitglieder oder Vertreter der deutschen Regierung zuzulassen. Es sei aber möglich, daß es in der Zukunft für notwendig gehalten werde, **eine Begegnung zwischen Mitgliedern der alliierten und der deutschen Regierung herbeizuführen**, um Deutschland die Lösungen zur Kenntnis zu bringen, über die sich die Alliierten in bezug auf die Entschädigungsfrage geeinigt hätten.

Die Wahlen in Lippe

Die sozialistische Mehrheit gebrochen

Bei den Wahlen zum lippischen Landtag wurden, wie W. T. B. aus Detmold meldet, abgegeben: für die Deutschnationalen 17 600 Stimmen (bei den letzten Reichstagswahlen 18 000), für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600), für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (6000), für die Kommunisten 3400.

Nach diesem Ergebnis ist die bisher im lippischen Landtag bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutschnationalen 5, die Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1; die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Die haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren. 1 Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der brieflichen Wahl, die zum ersten Male in Deutschland durch Lippe eingeführt ist, morgen bekannt gegeben werden.

Grubenunglück im Erzgebirge

38 Bergleute tot

Oelsnitz (Erzgebirge), 24. Januar.

Auf dem Friedens-Schacht der Bergbau-Gewerkschaft erfolgte heute früh eine Schlagwetterexplosion. Nach Mitteilung der Verwaltung der Oelsnitzer Bergbau-Gewerkschaft sind 38 Bergleute getötet und 26 zum Teil schwer verletzt worden. Die übrige Belegschaft ist geborgen

zollernkultus ist, der, um mit Maurenbrecher zu sprechen — Lumpen, Jammerlappen und Schwachköpfe in Wohltäter umlügt! Da die Rechtsparteien gerade während des Wahlkampfes die Monarchie über alles loben werden, haben die Arbeiter die Pflicht, die geschichtliche Wahrheit gegen die Hohenzollernlügen auszuspielen. In allen Wahlversammlungen muß die Rolle beleuchtet werden, die die Hohenzollern in der deutschen Geschichte gespielt haben. Das ist eine wertvolle Aufklärungsarbeit, die, gut durchgeführt, auch ihre Früchte tragen wird.

Das neue Wehrgesetz

Dem Reichstag ist nunmehr endlich der Entwurf des neuen Wehrgesetzes zugegangen. Hinter dieser Verzögerung lag Absicht. Das neue Heer sollte erst fix und fertig sein, damit die Volksvertretung mit einem gegebenen Zustand zu rechnen habe. Wir wissen, wie dieses neue Heer aussieht, wissen, daß es sich berufen fühlt, die Traditionen des alten kaiserlichen Heeres zu pflegen und daß es der Republik ungefähr so nahe steht wie die Deutschnationale Volkspartei. Nachdem das Heer also soweit fertig ist, daß es als monarchistische Prätorianergarde angesprochen werden kann, halten die militärischen Führer den Zeitpunkt geeignet, diesem Heer nunmehr auch eine gesetzliche Unterlage zu geben.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf des Wehrgesetzes unterscheidet sich nur ganz wenig von dem Vorentwurf, der vor einigen Monaten an den Reichsrat ging und in der Oeffentlichkeit vielfach besprochen wurde. Die alte reaktionäre Grundtendenz ist geblieben, in gewissen Punkten ist der ursprüngliche Entwurf sogar noch verschlechtert worden.

Das Gesetz bestimmt im wesentlichen, daß die oberste Befehlsgewalt in den Händen des Reichspräsidenten liegt. Dem Partikularismus ist im weitgehendsten Maße Rechnung getragen worden. Das Heer wird in „Landsmannschaften" eingeteilt und Bayern hat dabei besondere Reservatrechte bekommen. Nach § 10 ist der Landeskommandant in Bayern zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbandes, der, wie es im § 12 weiter heißt, einen „in sich geschlossenen Verband des Reichsheeres unter einheitlicher Führung bildet". Die bayerische Reaktion bekommt durch diese Bestimmungen freie Hand. Es kann über die Truppen selbständig verfügen, ohne den Reichspräsidenten zu befragen.

Der § 15 des Gesetzes bestimmt, daß die Reichswehr bei öffentlichen Notständen eingreifen kann. Wer darüber entscheidet, wann und ob ein Notstand vorliegt, darüber wird im Wehrgesetz nichts gesagt. Die militärischen Befehlshaber haben also freie Hand, sie können den Paragraphen so auslegen, wie sie ihn auffassen, und haben dann jederzeit eine gute Rückendeckung offen. Dieser Paragraph ist sicher von irgend einem Kappisten in das Wehrgesetz hineinbugsiert worden. Die Herrschaften wollen sich vor Schikanen sichern, wie sie der Kapp-Putsch gebracht hat, vor Schikanen, die für sie zwar nicht besonders schmerzlich waren, aber immerhin ihre Würde etwas herabsetzen.

Die politische Rechtlosmachung der Soldaten bleibt bestehen. Zu nichtpolitischen Zwecken dürfen sich die Soldaten jetzt zwar vereinigen, aber nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten und sofern die Zugehörigkeit zu einem nichtpolitischen Verein der militärischen Zucht und Ordnung nicht zuwiderläuft. Da die Genehmigung für den Beitritt zu einem solchen Verein von der Laune des Vorgesetzten abhängig gemacht wird, kommt diese Bestimmung einem völligen Verbot gleich. In der Begründung des Gesetzes heißt es:

„Die allgemeine Wehrpflicht, die natürliche, der geschichtlichen und freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes entsprechende Wehrverfassung, die jedem Deutschen in Fleisch und Blut übergegangen war, ist gemäß Artikel 178 jenes Vertrages zu ersetzen durch eine an längst überwunden geglaubte Zeiten erinnernde Werbung von langdienenden freiwilligen Soldaten. Diese grundlegende Aenderung erfordert eine entsprechend durchgreifende Gestaltung aller auf die persönliche Stellung des Soldaten, seine Gebührnisse und seine Versorgung bezüglichen Bestimmungen. Es gilt dabei, den schon aus der Geschichte und aus den Erfahrungen anderer Länder bekannten Gefahren des Werbesystems entgegenzuarbeiten, die insbesondere im Hineinströmen fragwürdiger Existenzen bei der Werbung, dann in der Abstumpfung der langdienenden Leute und schließlich in der Schwierigkeit ihrer Ueberführung in das bürgerliche Berufsleben nach vollendeter Dienstzeit zu suchen sind. Durch gute wirtschaftliche Lebensbedingungen muß der Zug zum freiwilligen Eintritt so belebt werden, daß eine strenge Auswahl möglich wird; durch gründliche allgemeine wie militärische Weiterbildung ist den Freiwilligen während der Dienstzeit eine im ganzen Volke geachtete Stellung zu schaffen und schließlich ist ihre spätere Versorgung so vorzubereiten, daß sie in gesicherte und angemessener Weise ihr Fortkommen finden können. Das Ziel der Wehrgesetzgebung muß sein, dem deutschen Volke die zu seinem Schutze im Innern und an den Grenzen nötige Wehrmacht zu geben, soweit, als es im Rahmen des Versailler Vertrages und der Vereinbarungen in Spaa möglich ist und gleichzeitig den Volksgenossen, die den zukünftigen Soldatenberuf ergreifen, die sichere Grundlage zu bieten, auf denen sie ihre Aufgabe erfüllen und die allgemeine Achtung genießen können."

Die „geschichtliche und freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes" hat den Verfassern des Gesetzes so gut gefallen, daß sie es vermieden haben, das Wort Republik auch nur einmal zu erwähnen. Und weil auch aus der Praxis der Reichswehr hervorgeht, daß sie sich nicht als Dienerin der Republik, sondern als ihr Feind betrachtet, deshalb wird ihr die gewünschte Achtung solange nicht gezollt werden, bis eine Aenderung eingetreten ist. Es ist würdelos und unehrlich, sich von den republikanischen Steuerzahlern aushalten zu lassen und im Interesse einer abgewirtschafteten, der Republik feindlichen Klasse zu handeln.

Das muß den Führern der Reichswehr bei der Beratung des Gesetzes deutlich gesagt werden. Dieses Heer ist nicht republikanisch, deshalb dürfen ihn die geforderten Mittel nicht bewilligt werden, und dieses Gesetz entspricht nicht den Anforderungen der Republik, deshalb muß es abgelehnt und durch ein den Forderungen der Zeit entsprechendes Gesetz ersetzt werden.

Ludendorffs Denkschrift

Die bekannte Denkschrift Ludendorff-Rechberg zur Bekämpfung des Bolschewismus soll, wie die „Dena" meldet, in Bayern recht gemischte Gefühle hinterlassen haben. Ein großer Teil der bürgerlichen bayerischen Presse erklärt, diese Art der Betätigung des Generals müsse Mißtrauen erwecken. Ludendorff habe damit die Voraussetzungen gebrochen, unter denen ihm in Bayern Gastrecht gewährt wurde. Das sei Preußentum übelster Art: Heute rufe der Preuße zum internationalen Krieg gegen die Bolschewisten auf, gestern habe er noch aus rein militärischen Erwägungen heraus, diesen Bolschewismus mit einer halben Milliarde Mark unterstützt. Bemerkenswert ist auch, daß der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Dr. Heim, sich beeilt hat, zu erklären, daß Escherich mit Ludendorff in gar keiner Verbindung stehe und daß Bayern mit derartigen Abenteuern nichts zu tun habe.

Diese Presseäußerungen sind bewußte Mache. Die Politik der Kahr-Regierung deckt sich durchaus mit den Plänen Ludendorffs. Da dieser Mann aber durch sein Liebenswerben um die Gunst der Entente sich bei allen Politikern, die ernst genommen werden können, nur lächerlich macht, da die maßgebenden Führer der Ententeländer sehr genau wissen, daß hinter den Plänen Ludendorffs die Frage des Hohenzollerntums hervorgrinst, beeilt sich Bayern, den Mann abzuschütteln, um es seinerseits mit der Entente nicht ganz zu verderben. Die Würdelosigkeit ist also auf beiden Seiten gleich groß: Ludendorff bietet sich wie ein Soldknecht der Entente an, Bayern gibt seinen Schützling dem Scheine nach preis, um lieb Kind bei der Entente zu bleiben.

Wer ist Reichswehrminister?

Diese Frage ist nur allzu berechtigt. Nominell ziert der Demokrat Geßler diesen Posten, tatsächlich wirtschaften die Herren Offiziere der Reichswehr vollkommen selbständig. Wie weit diese Selbstherrlichkeit geht, beweisen die Schießereien im Lockstädter Lager, über die der „Vorwärts" berichtete. Bekanntlich ist der frühere Truppenübungsplatz Lockstädter Lager der Soldatensiedlung übergeben worden, die auch schon ganz beachtliche vorangekommen ist. Aber: der preußische Landwirtschaftsminister denkt und der Kommandeur der Itzehoer Artillerie lenkt. Er erschien eines schönen Tages im Dezember und veranstaltete Scharfschießen. Da das kein Kinderspiel ist, gerieten die Siedler in starke Erregung. Obwohl das preußische Landwirtschaftsministerium und das Reichsschatzministerium vom Reichswehrministerium sofortige Einstellung der Schießvorbereitungen verlangten, wurde dennoch scharf geschossen. Es werden sogar Vorbereitungen zu neuen größeren Uebungen getroffen.

Nun läßt das Reichswehrministerium mitteilen, daß das Schießen auf dem Truppenübungsplatz Lockstädter Lager entgegen einem Verbot des Reichswehrministeriums stattgefunden habe, und damit die Mitwelt ja nicht annehme, daß man im Reichswehrministerium nichts tue, wird weiter mitgeteilt, daß weitere Erhebungen eingeleitet sind.

Es sollten eigentlich einem renitenten Offizier gegenüber nicht allzuviel Erhebungen anzustellen sein, aber diese Erhebungen sind meist nur das Mittel, um die Tatsachen zu verschleiern. Und so wird sich binnen kurzem ergeben, daß der Kommandeur der Itzehoer Artillerie ruhig auf seinem Posten bleibt, da die Erhebungen nicht genügend Material gegen ihn ergeben haben. In Wirklichkeit ist der Itzehoer Artillerie-Kommandeur einfach stärker als Herr Geßler.

Das wird das letzte Stück noch lange nicht gewesen sein. Bei Gott und dem Reichswehrminister Geßler ist kein Ding unmöglich.

Hermes und die Zwangswirtschaft

Die christlichen Gewerkschaften gegen Hermes

In unserer Sonntagmorgen-Ausgabe haben wir aus dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" eine Darstellung eines Rundschreibens des Generalsekretärs der deutschen Bauernvereine, Dr. Crone, wiedergegeben, die auch Mitteilungen über einen Brief des Ministers Hermes an Crone enthielt.

In einer Zuschrift teilt uns das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit, daß der Brief des Ministers Hermes an Dr. Crone in dem entscheidenden Absatz folgenden Wortlaut hat:

„. . . Vielleicht darf ich die Gelegenheit benutzen, um Ihnen mitzuteilen, daß nach meiner Ansicht gegenwärtig seitens der deutschen Landwirtschaft kein Mittel unversucht bleiben darf, um die Preisbildung für die jetzt freigegebenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere Kartoffeln und Fleisch, in gesunden Bahnen zu halten. Nach meiner festen Ueberzeugung würde der deutschen Landwirtschaft nichts mehr schaden, als wenn Uebertreibungen der Landwirtschaft den unvermeidlichen Rückschlag nach sich ziehen und es meinem Ministerium unmöglich machen würden, seine bisherige sachliche, die berechtigten Interessen der Landwirtschaft schützende Politik fortzusetzen. Sie wissen, daß ich mit dieser Politik stehe und falle und nie meine Hand dazu bieten würde, der Landwirtschaft Unmögliches zuzumuten. Aber diese ganze Frage muß unabhängig von den Personen betrachtet werden, und ich bin überzeugt, daß etwaige Rückschläge die Gesamtlage für die Landwirtschaft wesentlich verschlechtern würden. In deren Interesse, das wirklich auf dem Spiele steht, möchte ich Sie in Ihrer großen und einflußreichen Stellung daher bitten, doch mit allen Kräften Ihre umfassende Organisation in den Dienst des Gedankens zu stellen, daß die Landwirtschaft heute eine erhöhte Verantwortung gegenüber der verbrauchenden Bevölkerung trägt und daß sie daher unter voller Wahrung ihrer Rentabilität eine vernünftige Preisgrenze für ihre Produkte nicht überschreitet. In der Anlage übersende ich Ihnen den Brief eines Herrn aus Neumünster mit einem Ausschnitt aus dem „Holsteinischen Kurier". Ich halte eine derartige Agitation für ganz unverantwortlich und möchte Sie doch dringend bitten, gerade jetzt jede Agitation gegen die Getreidezwangswirtschaft unter allen Umständen zu unterbinden . . ."

Gewiß hat dieser Teil des Schreibens von Hermes an Crone einen anderen Wortlaut, als man nach der Wiedergabe im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" annehmen mußte. Dr. Crone hat infolgedessen auch an die Landwirtschaft die Mahnung gerichtet, die Agitation gegen die Getreidewirtschaft zu unterlassen und alles aufzubieten, um eine ausreichende Belieferung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und Fleisch, zu angemessenen Preisen zu gewährleisten.

Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Dr. Hermes seine bisherige Preispolitik nur von den Interessen der Landwirtschaft hat leiten lassen. Das ist auch der Eindruck bei den christlichen Arbeitern. Denn wie wir aus der uns jetzt vorliegenden Nummer 26 vom 20. Dezember 1920 des „Christlichen Zentralblattes" ersehen, schreibt dieses Blatt vollkommen zutreffend:

„Die Herren mögen versichert sein, daß es lange so nicht mehr weitergehen kann. Nicht nur ein Bremsen ist notwendig, auf daß die Fahrt verlangsamt wird, sondern eine resolute Rückkehr zu unerschwinglichen Preisen. Das gilt insbesondere von den Kartoffelpreisen."

Und der Artikel schließt mit folgenden Sätzen:

„Ein Ernährungsminister aber, der in der Zeit einer solchen Ausbeutung des Volkes durch die Landwirte nicht den fest erkennbaren Willen bekundet, Ordnung zu schaffen, der gehört nicht auf diesen Posten. Die berechtigten Interessen der Landwirtschaft in Ehren, zumal wenn sich diese auch bemüht, den landwirtschaftlichen Arbeitern ein erträgliches Dasein zu verschaffen. Was wir heute aber in der Kartoffelpreispolitik der Landwirte erleben, das ist die Schamlosigkeit zur höchsten Potenz gesteigert."

Wie man aus diesen Zitaten erkennt, richten sich die Vorwürfe der christlichen Arbeiter gegen den Minister Hermes in erster Linie gegen seine verfehlte Preispolitik. In dieser Beziehung ändert die wörtliche Wiedergabe des Briefes von Hermes an Crone durchaus nichts an der Berechtigung dieser Vorwürfe. Denn wenn jetzt Herr Hermes gegen die immer noch weitergehenden Wünsche der Landwirtschaft Front macht, so doch nur, weil bereits die jetzigen Preise für die Masse der Bevölkerung unerschwinglich geworden sind und den Landwirten so ausreichende Gewinne verschaffen, daß ihre wirtschaftliche Lage geradezu glänzend geworden ist.

Die Reaktion am Werke

K. K-L. Ein Meisterstück reaktionärer Innenpolitik soll augenblicklich wiederum unter der „demokratischen" Führung der Herren Koch und Lewald in aller Stille bewerkstelligt werden. An der Ecke Dorotheen- und Wilhelmstraße befindet sich ein großes mehrstöckiges Gebäude. In diesem Gebäude sind die Z. A. K. (Zentral-Nachweise-Amt für Kriegergräber und Kriegerverluste) und die Heeresbücherei untergebracht. Die letztere nimmt selbstverständlich die besten und größten Räume, etwa ein Drittel des ganzen Hauses, für sich in Anspruch. Sie umfaßt etwa 250 000 Bände. Ein großer Teil ist in 5 bis 10 Exemplaren derselben Auflage vorhanden. Für die Verwaltung dieser Bibliothek sind 5 hohe Militärs und 3 Akademiker und 5 Bibliothekarinnen tätig; 5 Frauen und 2 Diener besorgen die Reinigungs- und sonstigen niedrigen Arbeiten. Die Bibliothek ist im letzten Jahre noch nicht einmal von 100 Personen benutzt worden, doch das hindert nicht, daß die bisherigen Räume den anspruchsvollen Militärs nicht genügen. Es soll nunmehr das ganze Haus für diese wertlose Bücherei geräumt werden, die mit Leichtigkeit in dem geräumigen Kriegsministerium mit seinen vielen leerstehenden Regalen untergebracht werden könnte. Es würde sogar sehr wenig schaden, wenn all diese Schätze ehemaliger Herrlichkeit, die keinen Kulturwert besitzen, in Kisten verpackt, in irgend einen Keller gelagert würden.

Das Z. A. K. dagegen hat Hunderttausende von Auskünften zu erteilen. Eine unendlich wertvolle Kartothek ist wegen der räumlichen Beschränkungen sehr gedrängt aufgestellt. 30 000 Mütter, Frauen und Kinder haben sich im letzten Jahre persönlich in dem Z. A. K. Auskunft über den Verbleib ihrer Lieben geholt und nach den Nachlaßstücken ihrer Gefallenen erkundigt. Das Gebäude in der Dorotheenstraße ist zentral gelegen. Doch was kümmert das unsere hohe Reichsregierung? Mit Rücksicht auf die Heeresbücherei soll das Z. A. K. in die Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne an der Peripherie von Spandau verlegt werden. Die Tausende von Auskunftsuchenden müssen also erst mit der Bahn nach Spandau fahren, um dann noch 20 Minuten zu Fuß zu gehen. Aehnlich das Personal, das aus etwa 900 Personen besteht, und das zumeist im Zentrum von Berlin wohnt.

An das Z. A. K. ist auch eine Abteilung für die in Deutschland gefallenen und in Gefangenschaft gestorbenen Ausländer angeschlossen. Durch den Friedensvertrag und durch alte völkerrechtliche Verträge sind wir verpflichtet, den ausländischen Missionen jede Hilfe bei der Nachforschung über den Verbleib ihrer Angehörigen zu leisten. Diese Kartothek, besonders die russische, ist naturgemäß unersetzlich und unschätzbar. Sie darf auf keinen Fall der Gefahr, durch einen Transport verloren zu gehen, ausgesetzt werden. Außerdem werden die ausländischen Kommissionen, die bisher schon sehr ausgiebig die Kartothek benutzten, die beschwerliche Reise nach der Spandauer Kaserne nur mit dem Automobil zurücklegen wollen. Es ist beinahe außer Zweifel, daß für die Unkosten dieser Automobilfahrten das Reich belastet werden wird. Ein Automobil kostet im Jahre jetzt nahezu 150 000 M. Verschiedene ausländische Kommissionen sind auch bereits beim auswärtigen Amt wegen der Verlegung vorstellig geworden.

Dieser Umzug ist außerdem ein sehr kostspieliges Vergnügen. Der Umzug allein soll beinahe eine Million Mark und die notwendigen Umbauten in Spandau zwei weitere Millionen kosten, also insgesamt über drei Millionen Mark. Dazu kommt, daß man mit geringfügigem Umbau das ganze Z. A. K. in dem einen Gebäude in der Dorotheenstraße zentralisieren könnte. Dadurch würden zwei weitere Häuser, die für Wohn- oder andere Zwecke bereitgestellt werden könnten, frei werden. Die nötigen Bauumarbeiten würden bei vorsichtiger Schätzung kaum 300 000 Mark übersteigen.

Unsere Genossen werden im Reichstag diese leichtsinnige Verschwendung einiger Millionen und die Erschwerung des Auskunftsdienstes für die Kriegsopfer aufzudecken haben. Wir werden dann sehen, was der Innenminister, Herr Koch, der sich so sehr für soziale Pflichten und Demokratie erwärmt, zu sagen weiß.

Kommunistische Niederlage

TU. Hamburg, 24. Januar.

Bei der am Sonntag erfolgten Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erlitten die Kommunisten eine entscheidende Niederlage. Es wurden im ganzen 16 500 Stimmen abgegeben, davon auf die sozialistische Liste 10781, auf die kommunistische Liste entfielen 5658 Stimmen.

Ein deutsches Weißbuch über die Brüsseler Sachverständigenkonferenz. Von der Reichsregierung wird soeben in Form eines Weißbuchs eine „Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel vom 14. bis 22. Dezember 1920" herausgegeben. Das Weißbuch enthält eine allgemeine Uebersicht, die Namen der Teilnehmer, die drahtlichen Sitzungsberichte, das deutsche Material zur Finanzlage des Reichs sowie die Fragen der Alliierten und die deutschen Antworten.

Heimkehr von Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sibirien. Der Dampfer „Kaikyu Maru" ist, wie die Heimkehrstelle Hamburg mitteilt, mit 153 Offizieren, 1344 Unteroffizieren und Mannschaften, 76 Zivilgefangenen, 68 Frauen und 44 Kindern, im ganzen 1685 Heimkehrenden Reichsdeutschen aus Sibirien am Sonnabend in Brunsbüttelkoog eingetroffen. Infolge des stürmischen Wetters konnten die Heimkehrenden erst Sonntag mittag gelandet werden. Sie sind dann gleich nach dem Lockstedter Lager übergeführt worden und werden voraussichtlich am Donnerstag in die Heimat abbefördert werden.

Sturmflut auf Sylt. Durch eine Sturmflut auf der Insel Sylt sind am Sonntag nachmittag 5½ Uhr die Kurpromenade und der Musikpavillon eingestürzt. Die Sturmflut unterspülte die Fundamente. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Demission des spanischen Kabinetts. Der Ministerpräsident Dato überbrachte gestern dem König die Demission des gesamten Kabinetts. Der König behielt sich die Entscheidung vor; er wird seinen Entschluß heute bekanntgeben.

Die Türkei unter Kuratel. Nach einer Londoner Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, wodurch alle Ausgaben in Zukunft der Internationalen Finanzkontrolle unterstellt werden. Die Verwaltung der Dette Publique stellte sofort 400 000 türkische Pfund gegen Sicherheit eines Gelddepots bei der Ottomanischen Bank zur Verfügung.

Ein chinesisches Konsulat in Moskau. Wie der Rigaer Berichterstatter der „Dena" erfährt, ist in Moskau ein chinesisches Konsulat eröffnet worden, zu dessen Leiter Tschen-Kuan, der frühere erste Sekretär der chinesischen Gesandtschaft in Petersburg, ernannt wurde. Zum Vizekonsul wurde Lu-Win ernannt, der lange Zeit in Moskau gelebt hat.

Die deutschen Kommunisten der Tschechoslowakei. Die deutschen kommunistischen Abgeordneten Kreibig, Hahn und Warmbrunn haben ihren Austritt aus dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten angemeldet und an den Klub der tschechischen sozialdemokratischen Linken das Ansuchen um Aufnahme gestellt. Dem Ansuchen wird entsprochen werden.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland

Der Reichstag beendete gestern die Beratung der unabhängigen Interpellation über die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Während der erste Redner, der Abg. von Kemnitz, die Aufnahme der Beziehungen zu der jetzigen russischen Regierung für unmöglich erklärte, weil dadurch das „bolschewistische Gift" in noch größerem Umfang nach Deutschland hineingetragen werde, ließen die Demokraten durch den Abgeordneten Gothein ihre Zustimmung zur Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen erklären.

Für die Kommunisten sprach Clara Zetkin. Während ihrer Rede kam es mehrfach zu Zusammenstößen mit den Unabhängigen, weil sie im Gegensatz zu ihren früheren Reden es diesmal für angebracht hielt, die volle Schale ihres Zorns über die Unabhängige Partei auszugießen. Das schadete ihr selbst, denn ihre Rede entbehrte auch im übrigen sowohl der gedanklichen Geschlossenheit als auch des systematischen Aufbaus. Selbstverständlich fand sie bei ihren Ausfällen gegen die Unabhängigen die nachhaltige Unterstützung der Rechtssozialisten und der Demokraten, ja sogar die der Deutschen Volkspartei. Ihre Rede war deshalb eine große Enttäuschung für den, der mit der Hoffnung auf rednerischen Genuß auch die auf Belehrung verbunden hatte. Denn zu dem Thema selbst steuerte sie nichts wesentliches bei, sondern wiederholte statt dessen alle alten Kamellen der Kommunisten vom Sommer des vergangenen Jahres gegen die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Um so wirkungsvoller war daher die Rede des Genossen Breitscheid. Clara Zetkin in der Methode ihrer Polemik zu folgen, lehnte er mit Recht ab, sondern richtete die Stoßkraft seines Angriffes gegen die Deutschnationalen und gegen die Deutsche Volkspartei. In eleganter Polemik gegen Herrn von Kemnitz, den nur lächerlich wirkenden Diplomaten aus der alten Schule und den Urheber der Mexiko-Depesche, wies er die Unzulänglichkeit der politischen Einwände dieses Herrn gegen die Aufnahme der Beziehungen mit Rußland nach, widerlegte später kurz die von Clara Zetkin gegen den Genossen Haase gerichteten Vorwürfe und ebenso auch die übrigen Angriffe.

Dauernde stürmische Heiterkeit erregte eine persönliche Bemerkung des Herrn von Kemnitz, dessen Abtreten sogar von ironischem Händeklatschen der Unabhängigen begleitet wurde.

Es begann sodann die Beratung des Justizetats und der Interpellation der Unabhängigen und Kommunisten über die Justizschmach und die Amnestie.

Der Sitzungsbericht

Fortsetzung der Rußland-Debatte

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Aussprache betr. Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Abg. **von Kemnitz** (D. V.): Das Rußland, mit dem man hätte zusammengehen müssen, existiert nicht mehr. Man kann doch nicht in Verbindung treten mit einem Nachbarn, von dem man befürchten muß, daß er einem bei seinem ersten Besuch das Haus anzündet. Die Sühne für die Ermordung unseres Gesandten ist ein Gebot der nationalen Ehre. Die Propaganda des Herrn Joffe war schuld, daß das größte Unglück des deutschen Volkes, die Novemberrevolution, so gut gelungen ist. (Zuruf des Abg. Ledebour: Nein, Ihre Unfähigkeit!) Wir können keine diplomatischen Beziehungen anknüpfen mit einer Regierung, die ihre Vertreter als Agenten der Weltrevolution benutzt.

Abg. **Gothein** (Dem.): Wir wünschen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und der Bolschewismus an sich ist hierfür kein Hinderungsgrund. Doch müssen wir unbedingt verlangen, daß die russische Regierung sowie ihr Gesandter sich der Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse enthalten. Das Asylrecht für die russischen Emigranten muß hoch gehalten werden, solange diese nichts unternehmen, was uns in Konflikte führen kann.

Abg. **Klara Zetkin** (Komm.): Wir sind immer für engste Solidarität mit Sowjet-Rußland eingetreten. Eine kapitalistische Regierung kann eben auch keine bessere Außenpolitik treiben. Auch die Sozialdemokraten und selbst Kautsky wollten von einem Bündnis mit Sowjet-Rußland nichts wissen. Haben die sozialistischen Minister nicht der Entente angeboten, in den baltischen Ländern den Bolschewismus niederzuwerfen? Der zaristische General Kurt Rosenberg hat in einer Broschüre ausgeführt, welche Unterstützung er vom Reichswehrminister Noske erfahren hat. Die unabhängige Sozialdemokratie beging eine schwere Versäumnis, als sie während des polnisch-russischen Krieges die Massen nicht zur aktiven Solidarität mit Sowjet-Rußland aufzurufen wagte. Die Unabhängigen haben, das Außenministerium und die deutschnationale Politik unterstützend, erklärt, sie werden das deutsche Proletariat von den Illusionen über Sowjet-Rußland befreien und sie haben von neuem den Verleumdungen über Rußland Leben eingehaucht. (Zuruf des Abgeordneten Ledebour: Müssen Sie unbedingt gegen uns polemisieren?) Darüber entscheidet nicht Ihr kleines Fraktionsinteresse, sondern mein Gewissen. Aus begreiflichen Gründen hat die deutsche Schwerindustrie, zur Verständigung mit der Entente hinstrebend, die Aufnahme der Beziehungen bis jetzt zu verhindern gewußt. Aber die Notwendigkeit, einerseits Rohstoffe zu erhalten, und andererseits in Rußland ein Absatzgebiet für deutsche Produkte zu finden, drängt zur Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Das Elend in Rußland ist zwar groß, doch leistet die Regierung zur Abhilfe Riesiges. Was der Bolschewismus in Rußland zertrümmert hat und zertrümmern mußte, damit neues Leben aus den Ruinen blühe, ist nur ein Hügelchen gegen die Berge von Leichen, die der deutsche Imperialismus auf dem Gewissen hat. Nur ein revolutionäres Sowjet-Deutschland, eng verbunden mit einem revolutionären Sowjet-Rußland, können den Friedensvertrag von Versailles zerreißen.

Abg. Breitscheid (U. S. P.):

Ich lehne es ab, auf unsere äußere Politik in den letzten 30 Jahren einzugehen, wie Herr v. Kemnitz noch will ich mich jetzt mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage Rußlands näher befassen, wie Frau Zetkin. Ich stelle fest, daß die Bürgerlichen in ihrer großen Mehrheit prinzipiell mit unserem Vorschlag einverstanden sind. Nur die Deutschnationale Volkspartei sprach sich durchaus ablehnend aus. Auch im Auslande gibt es Leute, die ähnlich stehen wie unsere Deutschnationalen — dasselbe gibt es ja sonst nirgendwo — (Heiterkeit links) und auch diese wollen die bolschewistische Gefahr durch Anknüpfen von Beziehungen nicht verringern. Es macht den Eindruck, daß sie

die Verringerung der Gefahr nicht gerne sehen würden,

denn sie verlören dadurch ihre sogenannte Existenzberechtigung. Die Deutschnationalen predigen doch sonst immer eine starke, positive Auslandspolitik. Und jetzt läuft die Rede des Abgeordneten Neuhaus nur auf eine Politik des Abwartens hinaus. Oder billigen Sie vielleicht jene positive Politik der Generale Hoffmann und Ludendorff, die Europa aufrufen, mit Deutschland gegen Rußland zu ziehen und den Bolschewismus niederzuschlagen? (Zuruf rechts: Zerbrechen Sie sich doch nicht unseren Kopf!) Ich kann mir nicht einen Kopf zerbrechen, der nicht vorhanden ist. (Heiterkeit links.) Die alte Sozialdemokratie hat gegen Verträge mit dem zaristischen Rußland, das ihr wahrlich nie sympathisch war, nie angekämpft, wenn sie eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zu verheißen schien. Dagegen stoßen sich die Deutschnationalen ohne Interesse für das Wohl des eigenen Volkes an der jetzigen Regierungsform Rußlands.

Was die Rede des Abgeordneten von Kemnitz anbetrifft, so kommt er doch wohl, ein so hervorragender Diplomat er auch sein mag, als Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus erst in zweiter oder dritter Linie in Betracht. Nach der Rede des Herrn von Kemnitz verstehe ich wieder einmal, daß wir den Krieg verloren haben, wenn ein solcher Geist in unserem Auswärtigen Amt geherrscht hat. Es ist ein Verhängnis, daß solche Leute noch jetzt in der Lage sind, der deutschen Politik Richtlinien vorzuschreiben. Wenn Herr v. Kemnitz soviel Bewunderung für England hat, so müßte er auch wissen, daß England sich durchaus nicht davor scheut, demnächst die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland aufzunehmen. Glauben Sie denn, daß Rußland zu seiner revolutionären Propaganda die diplomatischen Vertreter nicht entbehren kann?

Durch diplomatische Beziehungen wird die Ansteckungsgefahr des Bolschewismus weder vergrößert noch verringert.

Das jetzige Elend des russischen Volkes leugnen wir nicht. Selbst durch die optimistischen Ausführungen der Kollegin Zetkin klang das Eingeständnis, daß Rußland zur Zeit wirtschaftlich schwer darnieder liegt. (Zurufe rechts: Dittmann!) Jawohl, Dittmann hat völlig zutreffende Bemerkungen über die russischen Zustände gemacht und Sie (nach rechts) haben sich darüber gefreut. Denn das, was Ihnen an Ideen fehlt, nehmen Sie gern von unserer Seite. **Dittmann hatte das Recht und die Pflicht, auch an der Sowjet-Regierung Kritik zu üben.** (Unruhe b. d. Kommunisten.) Ich beneide die Bolschewisten nicht um solche Freunde, die ihnen kritiklos und kniefällig alles nachbeten. Aber das berührt die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen wenig, denn diese Beziehungen würden die Möglichkeit bieten, in beiden Ländern die Verhältnisse zu bessern. Victor Kopp hat erklärt, Rußland könne in den nächsten Jahren nicht mit Getreide, sondern nur mit Gold und Edelmetallen bezahlen. Trotzdem wagt es England, Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Mein Fraktionsfreund Crispien hat mit der deutschen

chauvinistischen Politik gegen Polen

vor allem die Politik der alten Regierung gemeint. Nach Frau Zetkin gibt es von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen nur eine reaktionäre Masse. Erst bei Dr. Levi fängt der wahre Fortschritt an. (Heiterkeit.) Frau Zetkin verlangt von uns aktive Solidarität mit Rußland. Das ist eine Agitationsphrase, die nur für Volksversammlungen geeignet ist. **Die Kommunisten geben immer die großen Parolen aus, und wenn kein Mensch ihnen folgt, dann sollen wir schuldig sein.** (Lebh. Sehr richtig! b. d. Unabhängigen. — Lärm b. d. Kommunisten.) Letzten Endes bestehen nur völkerrechtliche Hindernisse für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland. Was verlangt man denn da noch als Sühne? Die russische Regierung hat 150 der Verschwörer erschießen lassen, Lenin hat sich entschuldigt, dann hat man Herrn Helfferich als Gesandten nach Moskau geschickt — und da soll nun das arme russische Volk noch mehr gestraft werden? (Große Heiterkeit.) Die Interessen des russischen Volkes sind im tiefsten Grunde mit den unsrigen identisch, deshalb wollen wir den Wiederaufbau gemeinsam in Angriff nehmen und nur so können wir hoffen, die Folgen dieses unglücklichen Krieges allmählich zu verwinden. (Lebhafter Beifall b. d. Unabhängigen und Soz. — Zischen rechts.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Helfferich (Dnatl.), von Kemnitz (D. Vp.), Gothein (Dem.) und Breitscheid (U. Soz.) schließt die Aussprache.

Justizetat

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums. Die Aussprache wird verbunden mit einer kommunistischen Interpellation über den Amnestieerlaß.

Abg. **Remmele** (Komm.): Der Amnestieerlaß wird derart ausgeführt, daß er ein Skandal für die gesamte Rechtsprechung geworden ist. Das Amnestiegesetz schließt die verantwortlichen Führer des Kapp-Putsches ausdrücklich aus. Wo ist bisher auch nur ein Einziger gefaßt worden? Dagegen wurden im Ruhrgebiet und in Bayern Hunderte verhaftet und sitzen jetzt noch Dutzende im Gefängnis, die sich bei der Abwehr des Kapp-Putsches leichte politische Vergehen haben zuschulden kommen lassen und auf die sich doch das Amnestiegesetz in erster Linie beziehen sollte. Die Gewalt liegt eben heute nicht bei den paar Ministern, sondern bei den reaktionären Richtern und Staatsbeamten. Von den sogenannten Rechtsgarantien ist der Arbeiterklasse gegenüber verflucht wenig zu merken. Die Behandlung der angeklagten Arbeiter im Ruhrrevier, die monatelange Ausdehnung der Untersuchungshaft, wie im Falle meines Freundes Kilian ist unerhört. Mich selbst hielt der Münchener Staatsanwalt, trotzdem sich bereits am nächsten Tage die Wahrheit herausstellte, noch weiter 24 Tage in Haft. Das ist nichts als gemeinste Freiheitsberaubung. Das deutsche Gerichtswesen und die deutsche Justiz sind dreckig und schmutzig. (Zuruf rechts: Unerhört! — Präsident Bell ruft den Redner zur Ordnung.) Wir haben in dieser Beziehung kein Blatt vor den Mund zu nehmen. (Zuruf rechts: Auch keine Scham!) Nein! Auch keine Scham, denn die deutsche Justiz ist schamlos, und Ihre moralische Entrüstung steht auf demselben Boden wie die schamlose Justiz. (Präsident Bell ruft den Redner das zweite Mal zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen aus der Geschäftsordnung aufmerksam. — Zuruf Adolf Hoffmann: Die deutsche Justiz ist schamlos! — Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf. — Adolf Hoffmann: Und es ist doch so!) Die zuletzt durch die Presse gegangenen Meldungen bestehen nur aus einer ganz gewöhnlichen Spitzelmache. In Bayern aber schmachten noch Tausende Gefangene, die aus Anlaß der bayerischen Räterepublik eingekerkert wurden. Die Mörder aus der Französischen Straße und aus Flensburg laufen frei umher oder man ließ sie ins Ausland entkommen. Die Justiz ist eine in Schmutz und Blut triefende Erscheinung. (Heiterkeit. — Der Präsident mahnt den Redner zur Mäßigung.) Wie will die Regierung das Verlangen des Reichstages durchführen, daß auf Flüchtige nicht mehr geschossen werden soll? (Beifall b. d. Komm.) — Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die beantragten Strafverfolgungen, gegen die Abg. Düwell und Erzberger, kleine Vorlagen, Justizetat. Schluß ½8 Uhr.

Das Auswärtige Amt

Die gestrige Sitzung des Hauptausschusses beschäftigte sich mit dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes. Die verschiedenen Redner brachten ihre Wünsche und Beschwerden vor. Von den deutschnationalen Rednern Dr. Hoesch und Graf Westarp wurde besonders davor gewarnt, die Festsetzung einer Gesamtsumme für die Wiedergutmachung zugunsten einer vorläufigen Festsetzung von Teilzahlungen preiszugeben. Auch wurde über die allzu hohe Beamtenzahl im Auswärtigen Amt geklagt.

Minister Simons ging ausführlich auf die Beschwerden und Anregungen ein. Er gab u. a. deutlich zu verstehen, daß jeder Beamte, der es nicht über sich bringe, der heutigen Verfassung zu dienen, seinen Abschied nehmen müsse. Wir werden Herrn Simons beim Wort nehmen. Zur Reparationsfrage erklärte der Minister: Wir können uns auf die Festsetzung der Gesamtschuldsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai ds. Js. erwarten darf, nur verpflichten, wenn wir uns vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der uns auferlegten Last verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begannen. Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methode der Leistungen, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtschuld zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde. Auf der anderen Seite darf die Regierung nicht versäumen, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienen kann. Sie muß ebenso, wie ihre Gegner, sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Die Auflösung der C. G. T.

Es gibt noch Richter in Paris

Die durch Gerichtsbeschluß erfolgte Auflösung der Confédération Général du Travail, der Zentralkörperschaft der französischen Gewerkschaftsbewegung, über die wir bereits kurz berichtet haben, ist einer jener Streiche der Foch-Reaktion gegen die Organisationen des französischen Proletariats, um die durch Wahlniederlage und Spaltung ohnehin eingetretene Minderung des Einflusses der französischen Arbeiterklasse auszunutzen zur weiteren Schwächung der Machtposition des Proletariats. Nur in der gegenwärtigen Situation konnten die französischen Reaktionäre es wagen, diesen Hieb zu führen.

In einem Artikel über die Auflösung in dem in Mülhausen erscheinenden sozialistischen Organ „Der Republikaner" wird diese Auffassung aus intimer Kenntnis der Dinge bestätigt. Es geht daraus deutlich hervor, daß dem Gericht der Auftrag erteilt worden war, ein Urteil zu fällen, das einer politischen Situation entspricht, und nicht etwa den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit. Diese politische Situation, heißt es in dem Artikel, sieht so aus:

„Am 16. November 1919 siegte eine aus allen möglichen Elementen des Bürgertums und der Bauernschaft zusammengesetzte starke Mehrheit. Bolschewikifurcht und Siegesrausch standen an ihrer Wiege. Hätte die Arbeiterklasse es verstanden, sich seit dem Waffenstillstand Organisationen zu schaffen, die den wirklichen Kräften entsprechen würden, die in ihr schlummern, so hätte der Wahlsieg des Blocks paralysiert werden können. Aber die Arbeiterklasse hat der Bourgeoisie unbezahlbar wichtige Dienste geleistet. Erstens hat sie ihre politische Organisation vernachlässigt — zweitens haben **Hunderttausende ihre wirtschaftliche Organisation, die C. G. T., fluchtartig verlassen, nachdem sie im Mai 1920 anläßlich des unvorbereitet vom Zaun gebrochenen Generalstreiks eine Niederlage erlitten hatte** — und drittens schlagen sich ja gewisse „Vortruppen" der Arbeiterklasse untereinander die Köpfe ein, anstatt ihre Munition gegen die herrschende Klasse zu verwenden. Also bitte, meine Herren Advokaten, schicken Sie Ihre Logik, Ihre historischen und juristischen Spielbälle ins Museum. Eurem Klienten, der C. G. T., die Frankreichs gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse verkörpert, soll eine Lektion erteilt werden: das wird geschehen. Nachher steht es Euch ja frei, Wege zu suchen, die ihr erlauben, wieder auf die Beine zu kommen. Bei seinem Urteilsspruch wird das Gericht an den **Beschluß der Mehrheit eines Ministerrats** denken, der die Auflösung der C. G. T. forderte: sonst an nichts. Es gibt noch Richter in Paris, die einer Regierung zu gehorchen wissen."

So schildert der Artikel die Auffassung der Justizbeamten, die über die C. G. T. zu Gericht saßen.

Wie wir gleich nach dem ersten Bekanntwerden des Urteils darlegten, wird auch hier betont, daß die C. G. T. trotzdem weiter bestehen, daß kein richterlicher Spruch mächtig genug sein werde, die Organisation der französischen Arbeiterklasse zu zerstören. Der Pariser Mitarbeiter des „Republikaner" fügt diesen Darlegungen hinzu:

„Vielleicht erscheint der herrschenden Klasse der Kampf gegen die C. G. T., ihre Auflösung leichter, weil Moskau durch seine Spaltungsaktion die Gewerkschaftsbewegung schwächt, weil auch im Schoß der wirtschaftlichen Organisation des Proletariats Zerklüftungen eingetreten sind. Schärfer als je tritt das Verbrecherische der gegen die heutigen Gewerkschaften gerichteten kommunistischen Zellenpropaganda hervor. Schärfer als je auch der Wille der herrschenden Bourgeoisie, die Zwistigkeiten im Lager des Proletariats auszunützen, um vernichtende Schläge zu führen gegen die Wälle, die sich die Arbeiterschaft im Laufe der Jahrzehnte errichtet hat im Verteidigungskampf gegen den Kapitalismus. Die gerichtliche Auflösung der C. G. T. ist ein Symbol."

Diese Darstellung trifft ins Schwarze. Die Auflösung der C. G. T. ist ein neuer unumstößlicher Beweis dafür, daß die Moskauer Propaganda in Westeuropa bisher nichts anderes hervorgebracht hat, als einen Zersetzungsprozeß innerhalb der Arbeiterorganisationen, der den Reaktionären aller Länder Wasser auf die ohnehin lebhaft klappernden Mühlen treibt — einen Zersetzungsprozeß, dem unbedingt Einhalt geboten werden muß, wenn die westeuropäische Arbeiterklasse dem Verderben nicht völlig anheimfallen soll. Die Auflösung der C. G. T. muß uns als Mahnung dienen, damit wir rechtzeitig dafür sorgen, daß nicht auch bei uns in Deutschland Polizei, Justiz und Bureaukratie ihr freches Spiel mit den Arbeitermassen noch ungenierter spielen können, als sie es ohnehin schon tun. Dank dem frevelhaften Beginnen der Moskauer!

*

Die in Frankreich ausgebrochene Justizpest, deren erstes Symptom das Pariser Urteil gegen die C. G. T. war, greift weiter um sich. Das Oberlandesgericht in Kolmar verurteilte den Sekretär des Textilarbeiter-Verbandes (C. G. T.) Th. Pfaff in Schirmeck wegen angeblicher Aufreizung der Streikenden zu 6 Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub und 500 Franken Geldstrafe. — Der Forbacher Sekretär des Lothringer Bergarbeiter-Verbandes (C. G. T.) Schobert ist verhaftet worden.

So grassiert die Seuche schon in Lothringen. Das Vertrauen der Reaktion zur eigenen Kraft wächst, und weitere Opfer dürften fallen.

Beilegung des Löwe-Konfliktes?

Annahme des Schiedsspruchs durch die Belegschaft

Die Belegschaft der Firma Loewe, soweit sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind, nahm am Montag in einer äußerst stark besuchten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß durch den Verbandsvertreter Zimmermann entgegen. Nachdem der Beisitzer im Schlichtungsausschuß, Gutsche, den Schiedsspruch rechtlich erläutert hatte, empfahl Blumenthal von der Verwaltung des D. M.-V. nach eingehender Darlegung der Situation die Annahme. Der Obmann des Betriebsrates, Mehlhose, sprach sich in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse ebenfalls für die Annahme des Schiedsspruches aus. Die Mitgliederversammlung, die von etwa 1700 im Betriebe Beschäftigten besucht war, stimmte dann mit großer Mehrheit dem Schiedsspruch zu.

Um 12 Uhr fand eine Gesamtbetriebsversammlung statt, die gleichfalls gegen eine schwache Minderheit den Schiedsspruch annahm. Der Betriebsrat wurde beauftragt, sofort mit der Direktion von Loewe in Verhandlungen über die Wiedereröffnung des Betriebes zu treten. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Gesamtbelegschaft in den nächsten Tagen geschlossen die Arbeit aufnimmt, wie es der Schiedsspruch vorsieht. Der Bericht darüber wird heute mittag 2 Uhr durch den Betriebsrat der Belegschaftsversammlung gegeben.

Berliner Adreßbuch 1921

Die Auslieferung der Hauslisten für das Jahr 1921 an die Hauseigentümer oder Verwalter zur Weitergabe an die Haushaltungsvorstände hat bereits begonnen. Die verehrlichen Haushaltungsvorstände werden gebeten, die

Hauslisten für 1921

genau und leserlich auszufüllen und sie so schnell wie möglich der Hausverwaltung zurückzugeben. Von dort werden sie abgeholt.

Gewerbetreibende, denen eine besondere Eintragungskarte nicht übermittelt wurde, bitten wir, die Rubriken in der Hausliste genau auszufüllen, weil diese Angaben auch für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden.

Haushaltungsvorstände, die keine Liste erhalten haben, bitten wir, bei den Hauseigentümern und Verwaltern danach zu fragen oder ihre Angaben ohne Verzug direkt an uns zu senden.

Die Abholung beginnt Mittwoch, den 26. Januar

Da die Bewohner Berlins das größte Interesse haben, ein vollständiges und zuverlässiges Adreßbuch zu besitzen, bitten wir, die Hauslisten rechtzeitig auszufüllen.

Vorbestellung: Wer das Adreßbuch zum Vorbestellpreise erwerben will, muß dies in der hierfür bestimmten Spalte der Hausliste vermerken. Nach dem 31. Januar tritt der um M. 20.— höhere Ladenpreis in Kraft.

August Scherl
Deutsche Adreßbuch-Gesellschaft m. b. H.
Berlin SW 68, Zimmerstraße 35—41

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: Wallensteins Tod

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: Beaumarchais und Sonnenfels

Staatstheater. Opernhaus 6 Uhr: Die Gezeichneten. Schauspielhaus 7 Uhr: Die Journalisten

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7 Uhr: Romeo und Julia. **Kammerspiele** 7½ Uhr: Der pathetische Hut. **Großes Schauspielhaus** Karlstraße 7 Uhr: Danton (Geschlossene Aufführung)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.** ½8 Uhr: Salome (Orska, Harton, Veidt, Liechtenstein, Dernburg) Mittwoch: Zum ersten Male: Jekaterina Iwanowna Drama v. Leonid Andrejew (Marie Höflich, Paul Bildt, Dernburg, Pröckl, Römer, Schlegel, Marbo, Lehndorff) Ab Donnerstag täglich: Jekaterina Iwanowna Sonntag nachm.: Rausch

Komödienhaus ½8 U.: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg Sonntag nachm.: Sie.

Berliner Theater ½8 Uhr: Die spanische Nachtigall mit Fritzi Massary Hans Waßmann, Emmy Sturm, Julius Brandt, Reinhold Pasch, Olga Engl. Stg. nachm.: Der letzte Walzer

Trianon-Theater Täglich 8 Uhr: Das Wundermittel von Ludwig Fulda (Käthe Haack, J. Falkenstein, Paul Morgan, E. v. Mülendorff, Luise Werkmeister, A. Haase)

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer Mensfeldt, Sandrock, Toelle, Korff, Paul Otto, Mamelok

Kleines Theater Unter den Linden 44 Täglich 7½ Uhr: Casanovas Sohn

½8 **Folies Caprice** ½8 am Oranienburger Tor Der Doppelgänger Der schlaue Theophil Pfeffer und Salz

Lessing-Theater Direkt.: Viktor Barnowsky 7½ Uhr: Flamme (Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Pröckl) Mittwoch 7 Uhr: Peer Gynt Donnerstag 7½: Flamme Freitag 7 Uhr: Neueinstudiert: Ein idealer Gatte Sonnabend und Sonntag 7½: Ein idealer Gatte

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Die Scheidungsreise (Max Adalbert, Trude Hesterberg) Sonnabend 3 U.: Kindervorst. Fitzliputzli

Th. am Nollendorfplatz 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht... Stg. nachm. Drei alte Schachteln

Königstadt-Theater Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb. Täglich 7.30 U.: Gala-Sänger

½8 **Casino-Theater** ½8 Nur noch kurze Zeit Der Fehltritt einer Frau Stg. 3½ U.: Eine fidele Ehe

Rose-Theater 7½ Uhr: Johannisfeuer

APOLLO Friedrichstr. 218 Das Publikum wird gefilmt allabendlich unter persönlicher Regie von Leo Peukert und weitere Attraktionen

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6-7 Täglich 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr Elite-Sänger Zum Schluß: Tannhäuser (Parodie) Nachm. halbe Pr. Vorverkauf: 11—1½ u. 4—6

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64 Filmschau: James Morres Detektiv-Abenteuer in 4 Akten Die Verführten Filmdrama in 6 Akten mit Scholz-Pietra. Bühnenschau: Die groß. Varieté-Attraktionen:

Kottbuser Straße 54. Punkt 7½ Uhr Riesen-Jubiläums-(25.) Spielplan 13 Schlager

Komödienhaus

Sonnabend, 29. Januar, ½8 Uhr:

Zum **100.** Male:

Die Sache mit Lola

Schwank von Rud. Bernauer und Rud. Schanzer mit

Max Pallenberg

Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Herm. Picha, Leonhard Haskel, Heinz Stieda, Herbert Kiper, Charl. Ander.

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Tägl. Gr. Ball f. d. ältere Jugend Nur Rundtänze Dienst.: Gratis-Verlosung Donnerstags: Prämiierung Anfang 6 Uhr

Prachtsäle Alt-Berlin Blumenstr. 10, Kino-Eing. Gr. Ball für die modern tanzende Jugend Dienstag: Gratis-Verlosung Mittwoch: Walzer Donnerstag: Preistanzen Anfang 7 Uhr

Briefmarken :: Münzen kauft Großmann, Johannisstr. 4. Zugang n. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10621

Spezial-Arzt Dr. Skotte für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. Neu- u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer. Im Ältesten Kurinstitut „Löser" gegr. **Dir.: A. Löser sen.** Nur Rosenthalerstr. 69-70 9—1, 4—8, Stg. 9—1. Rosenthaler Platz.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spec. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser", **Dir. O. Löser,** Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Spezial-Arzt f. sämtl. Geschlechtsl., Harn- u. Blutuntersuch. **Dr. med. Karl Reinhardt** **Potsdamer Str. 117** an der Lützowstraße behandl. auch schwerste u. veraltetste Leiden d. langjähr. bewährtes Heilverfahren. Sprechst. ½12—2, ½6—8 abends. Sonntag ½11—1. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschlossenem Kuvert gegen Einsendung von M. 2.50 portofrei.

Spezialarzt für Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Behandlg. schnell, sicher u. schmerzlos in Dr. Homeyer & Co. kong. Lador. Blutuntersf. Fäden i. Harn usw. **Friedrichstr. 81** gegenüber Panoptik. Spr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1 Teilzahl. Separ. Damenz.

Vollständig geheilt wurde ich, obwohl selbst ärztl. Hilfe vergebens war, durch Ihr Spezialmittel v. meiner **Flechte.** Jedem, der daran leidet, empfehle ich dringend Ihr Mittel. So schreiben viele über den 30 Jahre sich bewährten Reichel's Flechtenbalsam M. 12.50. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Salatarin-Blutreinigungspulver M. 4.50, tägliche 3 Schachtel 13.—. Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

Geschlechts- kranke finden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im Naturan-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 1. (Halleschs. Tor) 10-1 1—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.60 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Kenner kauen Kapitän Kautabak zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften. General-Vertrieb: C. RÖCKER, Berlin, Lichtenberger Straße 22 (Königstadt 3861)

Seit **70 Jahren** in San.-Rat Dr. Strahl's **Hanssalbe** b. Hautausschl., Flechten, Beine u. Krampfadergeschwür., Frostschäden, Hämorrhoid., ein bestbewährtes und schmerzlinderndes Mittel. Orgl.-Dose 6.25 u. 12.00 M. Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 191 Leipziger Straße 74 (Dönhoffpl.)

Zeißfeldstecher und gute Photoapparate mit Zeissoptik werden ständig zu kaufen gesucht Photohaus Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289).

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Zur bevorstehenden Landtagswahl erschienen soeben:

Die Verfassung des Freistaates Preußen Preis 2.00 Mark

Wahlgesetz zum Preußischen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreistags-Wahlgesetz Preis 2.50 Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 / Breite Straße 8/9

Kaufe laufend zu höchsten Preisen **Altmetalle** Kupfer, Messing, Zinn, Quecksilber, Rotguß, Blei sowie Motore, Gold- u. Silberbruch, Platin **SCHUBERT, Berlin, Ramlerstrasse 35** am Bahnhof Gesundbrunnen .·. Telephon: Amt Humboldt 644

Ausverkauf nach beendeter Inventur. ★ Alles unter Preis.

Herren-Ulster . . . . M. 500, 375, 285		Herren-Winterjoppen in schwerer Ware . M.	150
Herren-Anzüge M. 500, 325, 245,	175	Jünglings-Ulster . . M. 350, 275,	200
Herren-Hosen . M. 170, 120, 80,	65	Knaben-Stoff-Anzüge in kleinen Größ. v. M.	20 an
Herren-Gummimänt. beste Qual. M. 475, 425,	375	Knaben-Wasch-Anzüge Größe 0 n. 1 . M.	30

Einsegnungs-Anzüge in blau, schwarz und marengo, aus haltbaren Stoffen, nach den neuesten Modellen gearbeitet zu enorm billigen Preisen

Gesellschafts-Anzüge Cutaways u. Westen, Smoking-, Schrock- u. Frack-Anzüge in den neuesten Fassons mit Seidenspiegel; in grosser Auswahl.

Herrenstoffe für Kostüme geeignet, in schönen Farbenstellungen . . . . . M. 90, 75, 55 für Cutaways, 140 cm breit, gute Qualität, das Meter 90

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Schlosser **Otto Seelisch** Hattenstraße 2, am 20. d. M. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 25. Januar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Der Schlosser **Wilhelm Hanke** Gleimstraße 23, am 22. d. M. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Gethsemane-Kirchhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.

Der Monteur **Gustav Dawedeit** Beymestraße 15, am 20. d. M. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ost-Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:

Der Arbeiter **Richard Herrmann** Charlottenburg, Franklinstraße 16, am 15. d. M.

Der Silberarbeiter **Robert Mumberg** Spenerstraße 32, am 14. d. M.

Der Arbeiter **Paul Radicke** Neukölln, Bergstraße 17, am 19. d. M.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 27. Januar 1921, abends 7 Uhr,

Branchenversammlung der Aufzugsmonteure und Helfer im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83—85.

Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Am Donnerstag, den 27. Januar 1921, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11—12.

Versammlung aller Betriebs- und Reparaturschlosser von Groß-Berlin aus sämtlichen Industrien.

Tagesordnung: Neuwahl der Gruppenleitung.

Am Donnerstag, den 27. Jan. 1921, abends ½6 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45a.

Branchenversammlung der Gold- und Silberarbeiter.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl der Branchenleitung und Kommission.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Die für Donnerstag, den 27. Januar, angesetzte **Vertrauensmänner-Versammlung** muß infolge der Gau-General-Versammlung verlegt werden. Späterer Termin wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Volks-Reise-Verband

Freitag, 11. Februar 1921, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße 15

Tirol in Wort u. Bild Lichtbilder-Vortrag / Konzert / Rezitation

Eintritt 2 Mk. Anfang 7 Uhr

Karten sind zu haben: Parteibuchhandlungen; Sporthaus „Fichte", Köpenicker Str. 168; Stadtpanorama Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 8; bei den Mitgliedern; Geschäftsstelle des „VRV", Neukölln, Münchener Str. 53; a. d. Abendkasse

Oberlandesgerichtsrat außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe, Alimenten, Vermögenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Straße 115 Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Unentbehrlich für **Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen**

U. S. P. D. Taschenkalender 1921

Gut gebunden :: 4.— Mark Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Oeffentliche Wählerversammlungen

Dienstag, den 25. Januar.

Treptow-Baumschulenweg. Abends 7 Uhr im „Spreegarten“ Alt-Treptow. Referent: Genosse **Crispien.**

Mittwoch, den 26. Januar.

Neukölln. 2. Bezirk. Abends 7 Uhr bei Schulz, Hobrechtstr. 64. Vortrag des Genossen Waldhein über „Kommunalpolitik“.

Britz. Abends ½8 Uhr pünktlich im großen Saal von Naddatz, Chausseestraße 39. Tagesordnung: **„Was steht bei der Landtagswahl auf dem Spiel?“** Referent: Stadtverordnetenvorsteher Genosse Dr. Weyl.

Donnerstag, den 27. Januar.

Tempelhof. Abends 7½ Uhr, im Lyzeum, Tempelhof, Germaniastraße 4/7. Thema: **„Die preußischen Landtagswahlen und die U. S. P. D.“** Referent: Gen. Stadtv. Dr. Löwenstein.

Borsigwalde. Abends 7½ Uhr in den Borsigwalder Festsälen.

Das Gesundheitswesen in den Kommunen

In der am 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Vereins sozialistischer Aerzte ist folgende Resolution angenommen worden:

„Der Verein sozialistischer Aerzte hält es mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung des kommunalen Gesundheitswesens für dringend erforderlich, daß in jedem Verwaltungsbezirk Groß-Berlins — mit Ausnahme der 6 Innenbezirke — die Leitung des Gesundheitswesens einem ärztlichen Dezernenten übergeben wird, der vollbesoldetes Mitglied des Bezirksamtes sein muß.

Der Verein sozialistischer Aerzte richtet deshalb an die sozialistischen Fraktionen der Bezirke die Bitte, sich aufs entschiedenste dafür einzusetzen, daß in jedem Bezirk einem Arzt als vollbesoldetem Mitglied des Bezirksamts die Leitung des Gesundheitswesens und der Vorsitz der Gesundheitsdeputation übertragen wird.“

Die sozialistischen Fraktionen verkennen keineswegs die Bedeutung des Gesundheitswesens, so wenig sie das Schul-, Wohlfahrts- und Jugendwesen zurückstellen werden. Eine weitere Frage ist die, ob zur Förderung dieser Zweige Spezialisten Mitglieder des Bezirksrates sein müssen.

Der 18. Januar in der Schule

Der Minister für Volksbildung hat an die Provinzialschulbehörden einen Erlaß gerichtet, nach dem in den Schulen am 18. Januar eine stille Feier stattfinden sollte. Herr Haenisch hat sich wieder einmal gebrauchen lassen. Die Provinzialschulbehörden haben den Erlaß weitergegeben und so ist er auch am Tage vor dem 18. Januar an die Berliner Schulbehörde gekommen, die ihn wiederum weiter gab.

Nun haben viele Eltern ihre Kinder am 18. Januar nicht zur Schule geschickt oder ihren Kindern anheimgegeben, an einer Schulfeier nicht teilzunehmen, die eine ihrer Ueberzeugung entgegengesetzte Tendenz haben würde. Wie aus verschiedenen Zuschriften hervorgeht, gehen Lehrer und Rektoren gegen die Kinder oder deren Eltern vor und drohen mit Schulstrafen. Wir haben uns an den derzeitigen Vorsitzenden der noch bestehenden Schuldeputation gewendet und es ist uns versichert worden, daß durch eine allgemeine Verfügung dafür Sorge getragen würde, daß aus diesem Anlaß Weiterungen nicht entstehen sollten, damit die Unruhe im Schulbetrieb nicht noch mehr vergrößert werde. Das sollten sich aber Lehrer und Rektoren selber sagen und nicht erst nach Schema F. drohen und strafen ohne einen verständigen Grund.

Der Mord in Charlottenburg

Der Plan zur Ermordung des Inders Singh ist von dessen Frau und dem Kraftwagenführer Arnold, zu dem diese in nähere Beziehungen getreten war, gemeinsam gefaßt worden. Wie die Ermittelungen über ihr Leben während der unglücklichen Ehe ergeben hatten, war der endgültige Bruch zwischen den jungen Eheleuten schon im Juli v. J. erfolgt. Die Frau sah sich in ihren hochgespannten Erwartungen getäuscht. Sie hatte sich eingebildet, daß ihr Mann aus einem indischen Königshause stamme und mit indischen Schätzen später einmal reich überschüttet werde. Sie fühlte sich als indische Fürstin, nannte sich auch Frau von Singh und träumte von einem märchenhaften Leben. Sie lebte auch jetzt bereits als „vornehme“ Dame und borgte überall in den Geschäften der Nachbarschaft auf die Gelder hin, die ihr Mann bald erhalten sollte. Als die erträumten Schätze ausblieben, kam es zwischen ihr und dem Inder zu immer stürmischeren Auseinandersetzungen. Drei Monate währte daraufhin die räumliche Trennung, während der die junge Frau ein lustiges und vergnügtes Leben führte. In Grünau lernte sie den Kraftwagenführer Arnold kennen, mit dem sie dann ständig in Berührung blieb. Dieser, ein Witwer, brachte schließlich sein Pflegekind bei den Eltern der jungen Frau unter und konnte so auch jetzt deren Wohnung aufsuchen. In der Wohnung Arnolds schmiedete das Paar den Plan, wie der Inder beiseite geschafft werden könnte, und kam so auf den Gedanken, ihn umzubringen und einen Mord aus politischen Motiven vorzutäuschen.

Das Verbrechen war zunächst für die Mittwochnacht geplant. In der nächsten Nacht führten dann die beiden Männer die Tat aus. Näheres über die Ausführung des Verbrechens ist noch nicht bekannt, da Frau Singh behauptet, nicht dabeigewesen zu sein und Arnold und Körwin von dem Verbrechen überhaupt nichts wissen wollen. Arnold empfing die Beamten, die in seiner Wohnung erschienen und ihn unter dem dringenden Verdacht, den Inder Singh ermordet zu haben, für verhaftet erklärten, mit den Worten: „Na, dann man los, ich habe mein Alibi.“ Auf dem Polizeipräsidium gab er dann an, von dem Verbrechen überhaupt nichts zu wissen. Er habe nichts davon gehört und auch keine Zeitung gelesen.

Die Vernehmungen zur restlosen Aufklärung dieses Kapitalverbrechens werden weiter fortgesetzt. Nach dem Ergebnis der bisherigen Feststellungen scheinen die Eltern der Frau Singh, das Tischlerehepaar Becker, tatsächlich weder von dem Mordplan unterrichtet gewesen zu sein, noch von den furchtbaren Vorgängen in der Nacht etwas gehört zu haben.

Verwaltungsbezirk II (Tiergarten). Die letzte Bezirksversammlung hatte sich zunächst neu zu konstituieren. Der bisherige Vorstand wurde neu bestätigt trotz Widerspruch der „neuen Fraktion“ (Zentrum 3, Wirtschaftsverband 1 und Deutschnationale 9), welche in dieser Zusammensetzung mit 13 Mitglieder als zweitgrößte Fraktion den zweiten Vorsteherposten beanspruchte. Des weiteren nahm die Versammlung Kenntnis von einem Schreiben des Magistrats, wonach er das Ersuchen der Versammlung vom 21. Dezember v. J., betreffs Wiedereröffnung der beiden Badeanstalten usw., der Deputation für Jugendwohlfahrt überwiesen hat. Alsdann kam ein Antrag Hellwig und Genossen, die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung aufzugeben: Eine bezirksweise, weiterumfassende und beschleunigte Erwerbslosenfürsorge in die Wege zu leiten. Der Antrag fand keine Mehrheit, da Anträge dieser Art der Stadtverordneten-Versammlung vorliegen. Hierauf wurden sieben Kommissionen bestimmt, unter anderen eine neungliedrige Kommission für Beschwerden über das zuständige Wohnungsamt und über die Inspektion in erster Instanz im Bereiche des Verwaltungsbezirks 2. Hierzu wurde Genosse Helbig gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß die Sitzungen weiterhin Montags nachmittags 6 Uhr in der Aula Bochumer Straße 8a stattfinden.

6. Verwaltungsbezirk, Hallesches Tor. Mittwoch, abends ½5 Uhr, Fraktionssitzung in der Schulaula, Mittenwalder Straße, Zimmer 3. Die Obleute der kommunalen Kommission müssen zugegen sein.

Milchbelieferung. Belieferung vom Dienstag, den 25., bis einschließlich Donnerstag, den 27. Januar. Am Dienstag, den 25. Januar, erhalten die ¼-Liter-Krankenkarten keine Milch. Die ½-Liter-Krankenkarten werden voll beliefert. Am Mittwoch, den 26., und Donnerstag, den 27. Januar, erhalten die ½-Liter-Krankenkarten ¼ Liter Frischmilch. Die ½-Liter-Krankenkarten werden nur mit ¼ Liter Frischmilch bedient. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden.

Die 30. Brotkommission, Elisabethufer 18, wird am 12. Februar d. J. nach Britzer Str. 17-18 verlegt und dortselbst mit der 33. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 33. Brotkommission eröffnet den Betrieb am 14. Februar und wird die Kommission von Rektor Gladhorn geführt.

Eintrittskarten für die Proletarischen Feierstunden am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 11 Uhr, sind in der Zeit von 9 bis 4 Uhr im Bureau der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, Engelufer 14-15, Zimmer 13, zu haben.

Berliner Adreßbuch 1921. Der Verlag des Berliner Adreßbuches hat den Hauseigentümern und Verwaltern die Hauslisten für den Jahrgang 1921 zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugehen lassen. Es ist dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen, weil nur dadurch die genaue Schreibweise des Namens verbürgt wird, und weil nur auf diese Weise die Wünsche der Eintragenden (Zusätze zur Berufs- oder Standesbezeichnung, Angabe der Sprechstunden, des Bank- und Postscheckkontos usw.) zuverlässig erfüllt werden können. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt ist, mögen auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, da diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis dienen. Die Abholung der Listen beginnt bereits am Mittwoch, den 26. Januar, weshalb sofortiges Ausfüllen der Listen angezeigt erscheint. Es empfiehlt sich ferner, Vorbestellungen auf das Adreßbuch in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Januar — der um 20 M. höhere Ladenpreis in Kraft tritt.

Britz. Die Wählerlisten liegen im Einwohnermeldeamt, und zwar in der Zeit vom 21. bis inklusive 28. Januar, werktags von 10—7 Uhr und Sonntags von 10—5 Uhr, aus.

Glück im Unglück. Im Charlottenburger Gaswerk stürzte gestern der Arbeiter Walter Mendika von einem 20 Meter hohen Holzturm auf den Hof der Gasanstalt herab. Wunderbarerweise ist Mendika am Leben geblieben und hat auch keine inneren Verletzungen davongetragen, jedoch beide Beine gebrochen.

Eine geheimnisvolle Affäre beschäftigt zur Zeit die Berliner Kriminalpolizei. Der 29jährige Bautechniker Wilhelm Merz, der im Hause Blücherstraße 26 als Chambregarnist wohnte, wurde gestern abend in seinem Zimmer erhängt aufgefunden. Da ein herbeigerufener Arzt an einem Selbstmord durch Erhängen zweifelte, wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt. Kriminalkommissar Dr. Grünberg beschlagnahmte die Leiche und versiegelte das Zimmer. Allem Anschein nach liegt ein Verbrechen vor.

Böse Folgen eines Wirtshausstreites. Sonntag abend kam es in dem Schanklokal im Hause Badstraße 12 zu einem Streit zwischen dem 31jährigen Händler Otto Paul und dem 44jährigen Fuhrherrn Wilhelm Hintze, in dessen Verlauf Paul einen Revolver zog und auf seinen Gegner schoß. Hintze wurde durch die Kugel am rechten Unterarm verletzt. Jetzt fielen die übrigen Gäste über Paul her und schlugen auf den Flüchtenden so lange ein, bis er auf dem Hofe besinnungslos zusammenbrach. Schutzpolizisten brachten Paul und Hintze nach der nächsten Rettungsstelle, wo man ihnen die ersten Verbände anlegte. Dann wurde der Revolverschütze der Kriminalpolizei übergeben.

Für 150 000 M. Teppiche, Silbersachen usw. erbeuteten Einbrecher in der Wohnung einer Frau H., Wilhelmsaue 131. Während die Wohnungsinhaberin im Sanatorium weilte, öffneten Diebe mit Nachschlüsseln die Räume und stahlen daraus 16 Perserteppiche, gezeichnetes Tafelsilber, mehrere Porzellangruppen und eine große Anzahl Kleidungsstücke. Der Gesamtwert der Beute beläuft sich auf 150 000 M.

Gewerkschaftliches

Reichsvertretertagung des Afa-Bundes

Der Wille zur Verständigung.

Am 22. Januar tagte im Industriebeamtenhaus zu Berlin die Reichsvertretersitzung des Afa-Bundes, um zu dem Konflikt mit dem Vorstand des Deutschen Werkmeister-Verbandes und einer Reihe wichtiger sozialpolitischer Probleme Stellung zu nehmen. Neben den Delegierten der angeschlossenen Verbände, die, mit Ausnahme des Deutschen Werkmeister-Verbandes, restlos vertreten waren, wohnten der Tagung einige von den örtlichen Bezirksvereinen des Werkmeisterverbandes und den Ortskartellen des Afa-Bundes entsandte Vertreter als Gäste bei. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch seine Vorstandsmitglieder Adolf Cohen und Knoll vertreten.

In dem einleitenden Bericht behandelte Ingenieur Otto Schweitzer nochmals eingehend die sachlichen Streitpunkte, die sich auf die Fragen des Anschlusses an den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam), der Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der Frage der Stellung zur Zentralarbeitsgemeinschaft und der Fachgruppenbildung in den Afa-Verbänden beziehen. Die vom Berichterstatter unterbreitete Entschließung, in der die Stellungnahme des Afa-Bundes zu diesen Fragen festgestellt wird, fand die einstimmige Zustimmung der Reichsvertretersitzung. Der Afa-Vorstand wurde beauftragt, den Vorstand des D. W. V. von diesen Feststellungen zu benachrichtigen.

Um für die künftige Zusammenarbeit eine Grundlage zu schaffen, hatte die Satzungskommission des Afa-Bundes der Ver-

Carmen

Novelle

von

Prosper Mérimée

Uebertragen von Franz Schnabel

(6. Fortsetzung.)

Der Schuft saß im Sattel; er gab dem Pferde die Sporen, und bald hatte ich ihn in der Dunkelheit aus den Augen verloren.

Ich war über meinen Führer sehr erzürnt und ziemlich beunruhigt. Aber nach einem Augenblick der Ueberlegung faßte ich meinen Entschluß und ging zur Venta zurück. Don José schlief noch; ohne Zweifel erholte er sich jetzt von den Ermüdungen und schlaflosen Nächten, die zahlreiche vorausgegangene Abenteuer ihm gebracht. Ich war gezwungen, ihn heftig zu schütteln, um ihn aufzuwecken. Niemals werde ich seinen wilden Blick vergessen und die Bewegung, die er machte, um seine Pistole zu ergreifen, die ich aus Vorsicht ein wenig von seinem Lager entfernt hatte.

„Ich bitte um Verzeihung,“ sagte ich zu ihm, „daß ich Sie wecke; aber ich habe eine dumme Frage an Sie zu richten. Wäre es Ihnen angenehm, wenn Sie ein halbes Dutzend Ulanen hier anrücken sähen?“

Er sprang auf und fragte mich mit fürchterlicher Stimme: „Wer hat Ihnen das gesagt?“

„Das ist ziemlich gleichgültig, woher die Nachricht kommt, wenn sie nur richtig ist.“

„Ihr Führer hat mich verraten, aber er soll es mir büßen. Wo ist er?“

„Ich weiß nicht . . . Im Stalle, denke ich . . . aber es hat mir jemand gesagt . . .“

„Wer hat Ihnen gesagt? . . . Die Alte, das ist nicht möglich . . .“

„Irgend jemand, den ich nicht kenne . . . Ohne weitere Worte, haben Sie, ja oder nein, Gründe, die Soldaten nicht zu erwarten? Wenn Sie welche haben, dann verlieren Sie keine Zeit; wenn nicht, dann gute Nacht, und ich bitte um Entschuldigung, daß ich Ihren Schlaf gestört habe.“

„Ah! Ihr Führer! Ihr Führer! Ich habe ihm gleich mißtraut . . . aber . . . sein Maß ist voll! . . . Leben Sie wohl! Möge Gott Ihnen den Dienst vergelten, den ich Ihnen schulde. Ich bin durchaus nicht so schlecht, als Sie glauben . . . ja; es lebt noch etwas in mir, das wohl das Mitgefühl eines rechtschaffenen Mannes verdient . . . Leben Sie wohl . . . Ich bedauere nur das eine, daß ich mich gegen Sie nicht erkenntlich zeigen kann.“

„Als Gegenleistung für den Dienst, den ich Ihnen erwiesen habe, Don José, versprechen Sie mir, daß Sie auf niemanden Verdacht haben, an keine Rache denken wollen. Nehmen Sie, hier sind Zigarren auf Ihren Weg; gute Reise!“ Und ich reichte ihm die Hand.

Er drückte sie mir, ohne zu antworten, nahm Pistole und Mantelsack, und nachdem er einige Worte zu der Alten gesagt hatte, in einer Sprache, die ich nicht verstehen konnte, lief er zu dem Schuppen. Einige Augenblicke später hörte ich ihn ins Land hinausgaloppieren.

Ich selbst legte mich wieder auf meine Bank, aber ich konnte nicht mehr einschlafen. Ich fragte mich, ob ich recht getan hatte, einen Räuber, vielleicht gar einen Mörder, vor dem Galgen zu retten, und dies lediglich deswegen, weil ich mit ihm Schinken und Reis à la valencienne gegessen. Hatte ich nicht meinen Führer verraten, der die Sache des Gesetzes unterstützte? Hatte ich ihn nicht der Rache eines Verbrechers ausgeliefert? Aber die Pflichten der Gastfreundschaft? . . . Vorurteil der Wilden, sagte ich mir; ich werde alle Verbrechen, die der Bandit noch begeht, auf dem Gewissen haben . . . Dennoch, ist diese innere Stimme, die allen Vernunftgründen Widerstand leistet, wirklich nur ein Vorurteil? Vielleicht hätte ich mich nicht ohne Gewissensbisse aus meiner mißlichen Lage herausziehen können, und noch bewegte ich mich in der größten Ungewißheit über die Moralität meiner Handlungsweise, als ich ein halbes Dutzend Reiter herankommen sah, zusammen mit Antonio, welcher sich klugerweise im Hintertreffen hielt. Ich ging ihnen entgegen und meldete ihnen im voraus, daß der Bandit schon vor mehr als zwei Stunden die Flucht ergriffen habe. Die Alte erklärte, vom Korporal vernommen, daß sie den Navarro kenne; da sie aber allein wohne, habe sie niemals gewagt, ihr Leben durch eine Anzeige aufs Spiel zu setzen. Sie fügte noch hinzu, daß es seine Gewohnheit sei, wenn er bei ihr einkehre, immer mitten in der Nacht wieder weiterzureiten. Was mich betrifft, so mußte ich, einige Meilen von da, meinen Paß vorlegen und vor einem Alkalden eine Erklärung unterzeichnen; erst dann gestattete man mir, meine archäologischen Untersuchungen wieder aufzunehmen. Antonio grollte mir, da er mich im Verdacht hatte, daß ich es gewesen sei, der ihn verhindert habe, die zweihundert Dukaten zu verdienen. Dennoch trennten wir uns zu Cordova als gute Freunde; ich gab ihm dabei ein so hohes Geldgeschenk, wie es mir der Stand meiner Finanzen nur immer erlaubte.

II.

In Cordova verbrachte ich einige Tage. Man hatte mich auf ein Manuskript in der Dominikanerbibliothek hingewiesen, in dem interessante Aufklärungen über das antike Munda zu finden seien. Von den guten Patres vortrefflich aufgenommen, verbrachte ich die Tage in ihrem Kloster, während ich abends in der Stadt spazieren ging. In Cordova trifft man um Sonnenuntergang eine Menge von Müßiggängern auf dem Kai, welcher das rechte Ufer des Guadalquivir eindämmt. Hier atmet man die Dünste einer Lohgerberei ein, welche den alten Ruhm des Landes in der Lederbereitung aufrechterhält; dafür genießt man aber ein Schauspiel, das auch seinen Wert hat. Einige Minuten vor dem Angelus versammelt sich eine große Anzahl von Frauen an dem Ufer des Flusses, am Fuße des Kais, der sehr hochgebaut ist. Kein Mann dürfte es wagen, sich in diese Menge zu mischen. Das Läuten des Angelus gilt als Zeichen, daß die Nacht hereingebrochen ist. Beim letzten Glockenschlage entkleiden sich alle Frauen und gehen ins Wasser. Dann entsteht ein Schreien und Lachen, kurz ein Höllenlärm, während von der Höhe des Kais die Männer den Badenden zusehen, die Augen aufreißen und doch nicht viel sehen. Immerhin erregen diese weißen, verschwommenen Formen, die sich von dem dunklen Azur des Flusses abheben, die dichterische Phantasie, und mit ein wenig Einbildungskraft ist es nicht schwer, sich Diana mit ihren Nymphen im Bade vorzustellen, ohne daß man dabei das Schicksal Aktäons zu fürchten brauchte. — Man hat mir erzählt, daß einige nichtsnutzige Schlingel eines Tages zusammensteuerten und den Glöckner der Kathedrale bestachen, so daß er den Angelus zwanzig Minuten vor der festgesetzten Zeit läutete. Obgleich es noch heller Tag war, zögerten die Nymphen des Guadalquivir dennoch nicht, dem Angelus mehr als der Sonne zu vertrauen, und machten mit ruhigem Gewissen ihre Badetoilette, die immer sehr einfach ist. Ich bin nicht dabei gewesen. Zu meiner Zeit war der Glöckner unbestechlich und die Dämmerung so dunkel, daß nur eine Katze die älteste Orangenverkäuferin von der hübschesten Griselte von Cordova hätte unterscheiden können.

(Fortsetzung folgt.)

treterſitzung neue umgearbeitete Vorlagen für die Satzungen und das Afa-Programm unterbreitet, in denen die vom Vorſtand des Werkmeiſterverbandes gemachten Gegenvorſchläge weitgehende Berückſichtigung gefunden hatten. Die Vertreterſitzung ſetzte die Beſchlußfaſſung über dieſe Vorlagen aus, um ſie zunächſt dem Vorſtand des Werkmeiſterverbandes als Verhandlungsgrundlagen für eine Verſtändigung zu übermitteln. Der Weg zu dieſer Verſtändigung wird in der folgenden einſtimmig angenommenen Entſchließung der Reichsvertreterkonferenz gezeigt:

„Die am 22. Januar 1921 tagende Vertreterſitzung des Afa-Bundes ſtellt mit Bedauern feſt, daß der Vorſtand des Deutſchen Werkmeiſter-Verbandes ſich bisher allen vom Afa-Vorſtand unternommenen Verſuchen, die beſtehenden Meinungsverſchiedenheiten in einer Ausſprache zu behandeln, dauernd ablehnend gegenübergeſtellt hat.

Da der Vorſtand des Deutſchen Werkmeiſter-Verbandes auch zu der heutigen Sitzung keine Vertreter entſandt hat, war die Vertreterſitzung gezwungen, ſich ohne ſeine Mitwirkung mit dem Ergebnis der Beratungen der Satzungs-Kommiſſion und den von ihm geſtellten Anträgen zu beſchäftigen. Sie beauftragt den Vorſtand des Afa-Bundes, dem Vorſtand des Deutſchen Werkmeiſter-Verbandes von ihren Beſchlüſſen umgehend Kenntnis zu geben und erſucht den Vorſtand des Deutſchen Werkmeiſter-Verbandes, in ſeiner Sitzung Anfang Februar zu dieſen Beſchlüſſen Stellung zu nehmen und dem Vorſtand des Afa-Bundes mitzuteilen, ob er bereit iſt, ſeine Mitarbeit im Afa-Bund wieder aufzunehmen."

Im Auftrag des Vorſtandes des Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbundes teilte deſſen ſtellvertretender Vorſitzender, Adolf Cohen, mit, daß ſein Vorſtand beabſichtigte, ſeinerzeits zur Wahrung der Geſchloſſenheit der freigewerkſchaftlichen Angeſtelltenbewegung beizutragen. Der Vorſtand des A. D. G. B. will vermittelnd eingreifen und den Vorſtänden des Afa-Bundes und des Werkmeiſter-Verbandes eine Einigungsverhandlung unter dem Vorſitz des A. D. G. B.-Vorſtandes anbieten. Dieſes Anerbieten des A. D. G. B.-Vorſtandes wurde von der Vertreterſitzung mit lebhaftem Beifall aufgenommen und dankbar begrüßt.

Gegenüber den im Verlaufe des Konfliktes gegen den Afa-Vorſtand und einzelne ſeiner Mitglieder erhobenen Angriffe bekundete die Reichsvertreterſitzung in einmütiger Weiſe dieſem ihr vollſtes Vertrauen. Sie ſtellte feſt, daß bei keiner Gelegenheit und in keiner Form verſucht worden war, die Afa-Bewegung beſtimmten parteipolitiſchen Zielen dienſtbar zu machen.

Bei den darauf vorgenommenen Neuwahlen zum Afa-Vorſtand wurden einſtimmig gewählt: Urban, Süß (Zentralverband der Angeſtellten), Aufhäuſer (Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten), Rickelt (Genoſſenſchaft Deutſcher Bühnenangehöriger), Dr. Pfirrmann (Angeſtelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbe), Marx (Allgemeiner Verband der deutſchen Bankangeſtellten). Für den Deutſchen Werkmeiſter-Verband wurde ein Sitz im Vorſtand freigehalten.

Die Vertreterſitzung befaßte ſich weiterhin mit folgenden Fragen: Sozialiſierung des Wohnungsweſens, Schaffung einer Arbeiter-Akademie in Frankfurt (Main), Warenverſorgungsſtelle der deutſchen Gewerkſchaften, Offener Brief der Kommuniſtiſchen Partei an die Gewerkſchaften, Aufnahmeanträgen und Schaffung eines Afa-Hauſes. Zur Sozialiſierung des Bergbaues wurde Die an anderer Stelle veröffentlichte Kundgebung beſchloſſen.

USPD.-Funktionäre des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes

Am Donnerstag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet für die auf dem Boden der U. S. P. D. ſtehenden

Betriebsräte, Betriebsobleute und Vertrauensleute

in den Prachtſälen Alt-Berlin, Blumenſtraße 10, eine äußerſt wichtige Beſprechung ſtatt. Partei- und Gewerkſchaftsbuch legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
Die Geſchäftsleitung. J. A.: Fritz Schneider.

USPD.-Mitglieder des Deutſchen Bekleidungsarbeiter-Verbandes

Für Donnerstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, iſt für die oben bezeichnete Mitgliedſchaft im „Deutſchen Hof", Luckauer Str. 15, eine wichtige Verſammlung mit folgender Tagesordnung anberaumt:

Warum müſſen wir die Liſte Lehmann wählen?

Mit uns ſympathiſierende Mitglieder können eingeführt werden. Partei- und Gewerkſchaftsbuch legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
Die Geſchäftsleitung. J. A.: Fritz Schneider.

Angſt vor der Oeffentlichkeit

Am vergangenen Sonntag tagte in den Germaniaſälen der außerordentliche Bezirkstag des Reichsverbandes der Poſt- und Telegraphenbeamten. Da wir mit großem Intereſſe die Beamtenbewegung verfolgen und ſie in jeder Beziehung zu fördern beſtrebt ſind, entſandten wir zu dieſer Tagung einen Vertreter. Auf der Tagesordnung ſtand u. a. ein Ausſchlußantrag gegen einige Genoſſen, die in ſcharfer Oppoſition zum Vorſtand ſtehen. Die Ausſchlußkandidaten forderten u. a. innigeres Zuſammengehen mit den Arbeitergewerkſchaften.

Der Verſammlungsleiter, Herr Noack, mahnte einleitend die Verſammlungsteilnehmer, Ruhe zu halten, „denn Ruhe ſei die erſte Bürgerpflicht". Wie ein altpreußiſcher Schulmeiſter ging er dann gegen die Oppoſition im Verbande vor. In großen Fragen ginge man mit den Gewerkſchaften einig, aber ſo fuhr er geiſtreich fort, freie Gewerkſchaften ſeien etwas anderes als Berufsbeamtentum! Man müſſe ſich gegen Leute wenden, die zu Verſammlungen und Zuſammenkünften aufrufen und Preſſevertreter zu den Bezirkstagen einladen.

So ging es eine ganze Weile fort. Als Herr Noack erfuhr, daß unſer Vertreter anweſend ſei, führte er aus: „Mir wird eben mitgeteilt, daß wieder ein Preſſevertreter anweſend iſt. Die Preſſe hat nur Zutritt, wenn ſie gerufen wird. Wir haben jetzt im eigenen Hauſe zu reinigen und ich beantrage, daß der Vertreter ausgeſchloſſen wird." Ohne daß eine gegenteilige Anſicht zu Worte kam, ſtimmte eine große Mehrheit für den Ausſchluß unſeres Vertreters. Einige beſonders tüchtige Delegierte riefen „Schmeißt ihn hinaus!"

Bei Verſammlungen aller Arbeitnehmerorganiſationen haben die Vertreter der Arbeiterpreſſe Zutritt. Der Reichsverband Deutſcher Poſt- und Telegraphenbeamten macht eine wenig rühmliche Ausnahme. Schärfſte Kritik verdient aber die Art und Weiſe, mit der der Herr Vorſitzende unſerem Vertreter den Stuhl vor die Tür ſetzte. War es dem Herrn vielleicht unangenehm, daß der Ausſchluß von Mitgliedern, nur weil ſie in Oppoſition zum Vorſtand ſtehen, dem Feuer der Kritik ausgeſetzt werden könnte? Die auf der Ausſchlußliſte ſtehenden Genoſſen übten wohl ſcharfe aber berechtigte Kritik an dem Vorſtande, der bewieſen hat, daß er unfähig iſt, etwas Poſitives für die Beamtenſchaft zu leiſten. Das beweiſt der feige Verzicht auf das Streikrecht anläßlich der letzten Beamtenbewegung.

Die Eiſenbahnerbewegung hat bewieſen, daß die Beamten nur etwas erreichen können, wenn ſie ſich der Methoden der Arbeiterbewegung bedienen und ſich auf die Arbeiterbewegung ſelbſt ſtützen. Die Vorteile, die die Eiſenbahner errungen haben, kommen aber auch den Herren zugute, die, wie Herr Noack, unſere Genoſſen aus dem Reichsverbande ausſchließen wollen.

Wer die Oeffentlichkeit ſcheut, hat etwas zu verbergen und wenn es Unfähigkeit iſt. Trotz des Ausſchluſſes unſeres Vertreters werden wir in den nächſten Tagen einen Bericht über die Verſammlung bringen. Den uns zugegangenen Bericht des Sekretariats müſſen wir jedoch ablehnen.

Freigewerkſchaftliche Betriebsrätezentrale. Die Verſammlung „Arbeiterſozialverſicherung" findet am 28. Januar, abends 6 Uhr, ſtatt.

Metallarbeiter. Mitglieder des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes, die am 10. Dezember 1920 arbeitslos waren und ſich zur Zeit in Heilanſtalten befinden, können ſofort durch ihre Vertrauensleute Liſten nach dem Verbandshaus einreichen zwecks Entgegennahme einer Weihnachtsunterſtützung.

Buchbinder-Verband, Kartonnagenbranche. Die diesmaligen Reichstarifverhandlungen ſind ergebnislos verlaufen. Der Reichstarif hat mit dem 31. Januar ſein Ende erreicht. Bis wir uns verſtändigt haben, ſind in allen Betrieben Ueberſtunden zu verweigern. Am Dienstag, den 25., in der Zeit von 5—7 Uhr nachmittags, haben alle Betriebe einen Vertreter nach dem Bureau zu entſenden, um Material in Empfang zu nehmen. Wir verlangen, daß die Delegiertenſitzung am Mittwoch, den 26., und Branchenverſammlung am Donnerstag, den 27., von allen unbedingt beſucht werden muß. Die Branchenleitung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Diejenigen Mitglieder, welche berechtigt ſind, Weihnachtsunterſtützung zu beziehen, werden erſucht, ihre Anſprüche bis Dienstag, den 15. Februar, geltend zu machen, da nur bis zu dieſem Tage Auszahlungen der Weihnachtsunterſtützung vorgenommen werden können. Die Ortsverwaltung.

„Aga" Lichtenberg. Dienstag nachm. 2 Uhr Streikverſammlung im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 15. Die Streikleitung.

Aus den Organiſationen

Dienstag, den 25. Januar

1. Diſtrikt. Abends 8 Uhr Sitzung der Kinderſchutzkommiſſion bei Hermanka, Urbanſtr. 23.

Johannisthal. Abends 7½ Uhr Sitzung ſämtlicher Funktionäre und der kommunalen Kommiſſion bei Schreiner, Friedrichſtr. 6. Pünktliches Erſcheinen notwendig.

Mittwoch, den 26. Januar

1. Diſtrikt. Extrazahlabend aller Abteilungen pünktlich 6½ Uhr in der Schulaula Alte Jakobſtr. 127. Vortrag des Gen. Otto Meier über Sozialiſierungsfragen. Schluß 10 Uhr.

2. Diſtrikt, 1. Abt. Für den Bezirk 131 abends 7 Uhr Extrazahlabend bei Krüger, Grimmſtr. 1.

4. Diſtrikt. Kinderſchutzkommiſſion. Abends 7½ Uhr findet bei Lier, Naunynſtraße 9, eine Sitzung ſtatt. Sämtliche Helferinnen werden um pünktliches Erſcheinen gebeten.

5. Diſtrikt, 2. Abt. Abends 7 Uhr Abteilungsverſammlung bei Großmann, Weberſtr. 24a. 2. Vortrag des Gen. Hebler.

6. Diſtrikt. Abends 7½ Uhr Diſtriktskonferenz bei Boeſelt, Jeſuitenſtr. 7.

7. Diſtrikt, 1. Abt. Abends 7 Uhr bei Kittelmann, Gotzkowſtr. 8, Extrazahlabend.

7. Diſtrikt. Die Abteilungsführer werden gebeten, alle nicht verkauften Einlaßkarten „Proletariſche Feierſtunden" bis Mittwoch zu den Kaſſierern zurückzubringen.

7. Diſtrikt, 8. Abt. Abends 7 Uhr Abteilungsverſammlung bei Reckling, Kopernikusſtr. 23.

9. Diſtrikt. Bildungskommiſſion. Sämtliche noch in den Händen der Genoſſen befindlichen Billetts vom Kunſtabend ſind ſpäteſtens heute, Mittwoch, bei Gen. Köhler, Hagemannſtr. 5, oder Kyſer, Greifswalder Str. 9, abzurechnen. Bis dahin nicht abgeliefertes Billett gilt als verkauft.

Neukölln. Abends 7 Uhr außerordentlicher Zahlabend des 13. Bezirks bei Junk, Kreuzſtr. 27. Vortrag des Gen. Röſe über die Landtagswahl. — Abends 7 Uhr Sitzung der Landagitationskommiſſion und der erweiterten Agitationskommiſſion bei Cenſel, Hermannſtr. 213. Vortrag. Die Reſzenten des Ortes ſind dazu eingeladen.

18. Diſtrikt. Kommunale Kommiſſion. Abends 7½ Uhr bei Braun, Wilhelmshavener Str. 35, Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Erſcheinen aller Kommiſſionsmitglieder erforderlich. Meldungen zur kommunalen Kommiſſion bei Gen. Grawunder, Mittelſtr. 15, und Gen. Siebiger, Waldſtr. 28.

Charlottenburg, 3. Gruppe. Abends 7 Uhr Extrazahlabend in den bekannten Lokalen. Bezirk Kietz: Freitag abend 7 Uhr bei Doegelow, Sömmerringſtr. 22.

Reinickendorf-Ost. Abends 8½ Uhr in der 3. Schule, Danzigerſtraße, Frauenleſeabend. Vortrag der Genoſſin Dr. Klüßner über „Der Geſetzesparagraph 218 betr. die Vernichtung des keimenden Lebens".

Donnerstag, den 27. Januar

Köpenick. U. S. P.-Elternräte. Abends 8½ Uhr Zuſammenkunft bei Röſe, Lorgmannſtraße.

Vereinskalender

Dienstag, den 25. Januar

Sozialiſtiſche Proletarierjugend. Gruppe Norden. Abends 7 Uhr Zuſammenkunft in der Schule Kuppiner Str. 46, part. Unterhaltungsabend.

Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin. Abends pünktlich ½8 Uhr Generalverſammlung in der Arbeiter-Bildungsſchule, Berlin C., Breite Str. 30. Tagesordnung u. a. Bericht von der Reichsausſchußſitzung, Reorganiſation, Stellung zu den Parteien, Wahlen. Erſcheinen iſt Pflicht.

Arbeiter-Sport-Kartell Reinickendorf. Pünktlich ½8 Uhr im Reſtaurant Muſter, Reinickendorf-Weſt, Berliner Str. 20, Generalverſammlung.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Abends 8 Uhr öffentliche Verſammlung in Kellers Feſtſälen (weißer Saal), Berlin N., Berghſtr. 69. Dr. Gelſbein ſpricht über die Bevölkerungsverhältniſſe Europas — ein kulturelles Problem. — Karten an der Kaſſe zum Preiſe von 1 M.

Der italieniſche Parteitag

Von unſerem Sonderkorreſpondenten.

Fünfter Verhandlungstag.

Livorno, 19. Januar.

In Tours Tränen, in Livorno höllenartiger Lärm. Ein Sturm löſt den anderen ab und die Sorge, daß die Leidenſchaft ſich in einer Keilerei Luft macht, läßt die Tragik, die über die italieniſche Partei hereingebrochen iſt, für den Augenblick wenigſtens zurücktreten.

Serrati, der Chefredakteur des „Avanti", der heute nach dem Kommuniſten Bordiga das Wort erhielt, ſagt: „Ich will hier keine blendende Rede halten, ich ſpreche als Politiker und belege meine Behauptungen mit Dokumenten". Dabei öffnete er ſeine Mappe und holte aus ihr einen Stoß Broſchüren, Zeitungen und Ausſchnitte hervor, von denen jedes einzelne Dokument bald Stürme des Beifalls, bald Stürme des Widerſpruchs, entfeſſelte. „Ich habe mit einem gewiſſen Schmerz die Anklage vernommen", beginnt Serrati, „welche die dritte Internationale in dem von Kabakſchieff verleſenen Schreiben gegen unſere Fraktion gerichtet hat. Mit Schmerz, aber auch mit Befriedigung, denn dieſe Anklagen beweiſen nur, wie ſchlecht uns Moskau kennt und wie es noch ſchlechter uns beurteilt. So wird uns beiſpielsweiſe zum Vorwurf gemacht, daß wir nur unter dem Druck der Maſſen nach links gegangen ſeien, während doch jedem bekannt iſt, daß wir ſchon links geſtanden haben, als die Maſſen in nationaliſtiſcher Trunkenheit vor unſere Fenſter zogen und uns auspfiffen. Die dritte Internationale bezichtigt uns ferner des Opportunismus. Dabei treibt ſie ſelbſt den allergefährlichſten Opportunismus. Da gerade ein bulgariſcher Genoſſe die Anklagen gegen uns verleſen hat, ſo können wir auch einen Blick in ſein engeres Heimatland werfen. Dort haben während des Krieges die Weitherzigen den Krieg unterſtützt und ſind auch nach der Regierungsübernahme ſelbſt vor Arbeitererſchießungen nicht zurückgeſchreckt. Wie ſtehen nun die bulgariſchen Kommuniſten zu dieſer Partei? Sie haben große Teile von ihr in die eigene Partei aufgenommen, darunter auch Verantwortliche an den von den Weitherzigen begangenen Verbrechen. Es iſt auch bekannt, daß die dritte Internationale bürgerliche Zeitungen in England unterſtützt und kürzlich hat uns der italieniſche Vertreter Sowjet-Rußlands erſucht, wir möchten Turati vorſchlagen, damit er einige Konzeſſionen für Rußland bei Giolitti durchſetzt. Dieſe Fälle ebenſo unzweifelhaften wie bedenklichen Opportunismus könnte ich noch beliebig erweitern.

In Bologna hat unſere Partei den Anſchluß an die dritte Internationale beſchloſſen. Zu dieſem Beſchluß ſtehen wir noch heute und wollen in der dritten Internationale verbleiben. (Rufe: Nein — das iſt nicht wahr!) Nun diktiert uns aber Moskau 21 Punkte und verlangt von uns deren rückhaltloſe Annahme. Dazu ſind wir auch bereit, aber wir wollen über die Auslegung und Anwendung einiger Punkte noch mit dem Exekutivkomitee ſprechen. Ich habe Moskau ſchon früher darauf aufmerkſam gemacht, daß es verhältnismäßig leicht iſt, einige Perſonen aus der Partei zu entfernen und ſchließlich auch einige Sektionen neu zu gründen. Anders aber bei wirtſchaftlichen Organiſationen. Hier kann jede Störung deren empfindlichſten Nerv verletzen und den mühevollen Aufbau langer Jahrzehnte an einem Tage zunichte machen. Daher verlangen wir von Moskau Zeit. Partei und Organiſationen mit möglichſt geringem Kraftverluſt umzuwandeln und lehnen eine plötzliche Zerreißung ab.

Außerdem beſpricht dann Serrati den von Moskau gegenüber der franzöſiſchen Partei befolgten Opportunismus. In einem zwiſchen Stroweſy und Renoult zuſtandegekommenen Pakt ſeien drei bedeutende Konzeſſionen an die franzöſiſche Partei gemacht worden. Die erſte hinſichtlich des Namens, die zweite hinſichtlich der Gewerkſchaften und die dritte bezieht ſich auf die Ausſchlüſſe. Vor dem Kongreß in Tours hatte der franzöſiſche Kommuniſt Loriot in einem Brief Serrati nahegelegt, den Genoſſen Modigliani unter allen Umſtänden fallen zu laſſen. Er verkenne zwar die Verdienſte Modiglianis im Kriege nicht, deſſen Haltung der von Cachin ganz entgegengeſetzt war. Und in demſelben Briefe habe Loriot geſagt, daß die Kommuniſten nur deswegen Cachin in ihren Reihen duldeten, weil ſie arm an Kräften ſeien.

Einige beſondere Beachtung gewährt Serrati dem Chefredakteur der „Humanité", Marcel Cachin, der zum Vorſtand der franzöſiſchen kommuniſtiſchen Sektion der dritten Internationale gehört. Marcel Cachin war den ganzen Krieg über ein leidenſchaftlicher, durch keine ſozialiſtiſchen Anſchauungen gehemmter Nationaliſt, der nicht nur während des Krieges nach Italien kam, um auch unſere Partei für die Unterſtützung der Ententepolitik zu gewinnen, ſondern der ſogar nach der Kerenski-Revolution nach Rußland eilte, um bei Kerenski auf Fortſetzung des Krieges zu dringen. Dies zu einer Zeit, als Serrati ſchon mit den ruſſiſchen Bolſchewiſten für Friedensſchluß kämpfte.

Serrati erinnert daran, wie gewaltig die Partei in der letzten Zeit erſtarkt iſt. „Zweifellos ſind viele heute bei uns, die uns noch geſtern bekämpften oder die gegen den Sozialismus geſchrieben haben. Und es iſt auch eine leicht zu beobachtende Erſcheinung, daß beſonders viele dieſer Jungen heute links von uns ſtehen oder es vermeinen. Diele bitte ich, uns, die wir ſeit Jahrzehnten unbefleckt und makelfrei zur Fahne des Sozialismus geſtanden haben, etwas mehr Vertrauen entgegenzubringen. Unſere Vergangenheit gewährt uns ein Recht hierauf. Geben wir unſere Einheit nicht unüberlegt preis!"

Zum Schluß beſchäftigt ſich Serrati mit der kommuniſtiſchen Fraktion der Partei und zeigt wiederum an Hand von Zitaten, daß ſie ſchon heute alles andere als homogen iſt und den Keim zu neuen Spaltungen ſchon in ſich trägt. Er fordert die Mitglieder auf, ſich der Diſziplin der Partei zu fügen und hofft, dieſes Verlangen auch an die Rechte ſtellen zu können.

Die ganz im Gegenſatz zu allem bisher Gehörten, ohne jedes oratoriſches Beiwerk vorgetragenen, dafür umſo feſter auf einwandfreies Material fußenden Ausführungen löſten einen ſichtbaren Eindruck aus. Die meiſt ſo vernehmbare Linke ſchweigt zum erſtenmal betroffen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inſeratenteil: Ludwig Hamminger, Karlsruhe. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin N. 4, Berliner Straße 48.

AN ALLE
die es angeht und die Geld ſparen wollen.
VESTA, Weinberg-Schokoladen
ferner Marke Dennoch und andere. 25, 50 u. 100 Gr.-Tafeln.
Schokoladen-Spitzkuchen
ſind von unübertroffener Qualität und Preiswürdigkeit.
Verkauf nur an Wiederverkäufer.
G. Wechselmann, Berlin W9, Linkſtr. 20.

Alte Gebiſſe
auch einzelne Zähne Stück 6—200 Mark.
Kupfer Meſſing Blei und Zink
Platin, Gold- u. Silberbruch u. Quecksilber kauft zu Tagespreiſen
Scharf & Schmidt, Elſaſſer Str. 78 Ecke Ackerſtr.

Botenfrauen
werden verlangt
Speditionſ SPIEKERMANN, Pankow
Mühlenſtraße 29, Eingang Floraſtraße.

Botenfrauen organiſierte ſtellt ein
Spedition Krüger, Neukölln, Emſer Straße 32

Kaufen Sie
Dixin
von Henkel
beſtes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düſſeldorf.

ZIGARETTEN
ſämtliche Marken
billigſt wie überall
ZIGARREN
aus eigener Fabrik und anderen renommierten Fabriken
Hanewacker, Goldfarb und Rauchtabak enorm billig.
SCHLARAFFIA
Potsdamer Str. 28b, Bülowſtr. 2 und Neukölln, Bergſtraße 53-55.

Die Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuſer Damm 66, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Meſſing, Blei, Zink.

Ich brauche dringend:
Zinn, Weissmetall
Kupfer, Messing
Auch für andere Metalle
Metallbankett Charlottenburg
Wallſtraße 32. Wilhelm 1873.

Kupfer
Meſſing, Zinn uſw.
Quecksilber, Zahngebiſſe
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft
Brunnenſtr. 11
Beuſſelſtr. 29
Fennſtr. 48
Weidenweg 72

Kupfer, Meſſing
Zinn uſw.
kauft zu Tagespreiſen
Jungſtr. 23, Lichtenberg
Cuckowerſtr. 12, 6. Hof. Str.

Blumenſtr. 58
(Haſt Nähe Kreuzſtraße)
für ſämtl. Altmetalle
höchſte Schmelzpreiſe

Sämtliche
ALTMETALLE
kaufen laufend
Kalendar Straße 26
Boddinerſtraße 143

Spiralbohrer,
Reibahlen, Gewindebohrer, Schneidbeſtecke, Schmiergeräte, Feilen, Hand- und Werkzeugmeſſer und chemiſch reines Quecksilber kauft laufend zu höchſten Tagespreiſen Franzen, Berlin SW 68, Alte Jakobſtr. 7

Wandervogel finden die ſchönſten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Heer See und Heide". Geſchmackvoll gebunden 4.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Berlin Straße 48.

Schlacken
unentgeltlich abzugeben.
Schönberg, Briefkaſten
an Sachſenhausen.